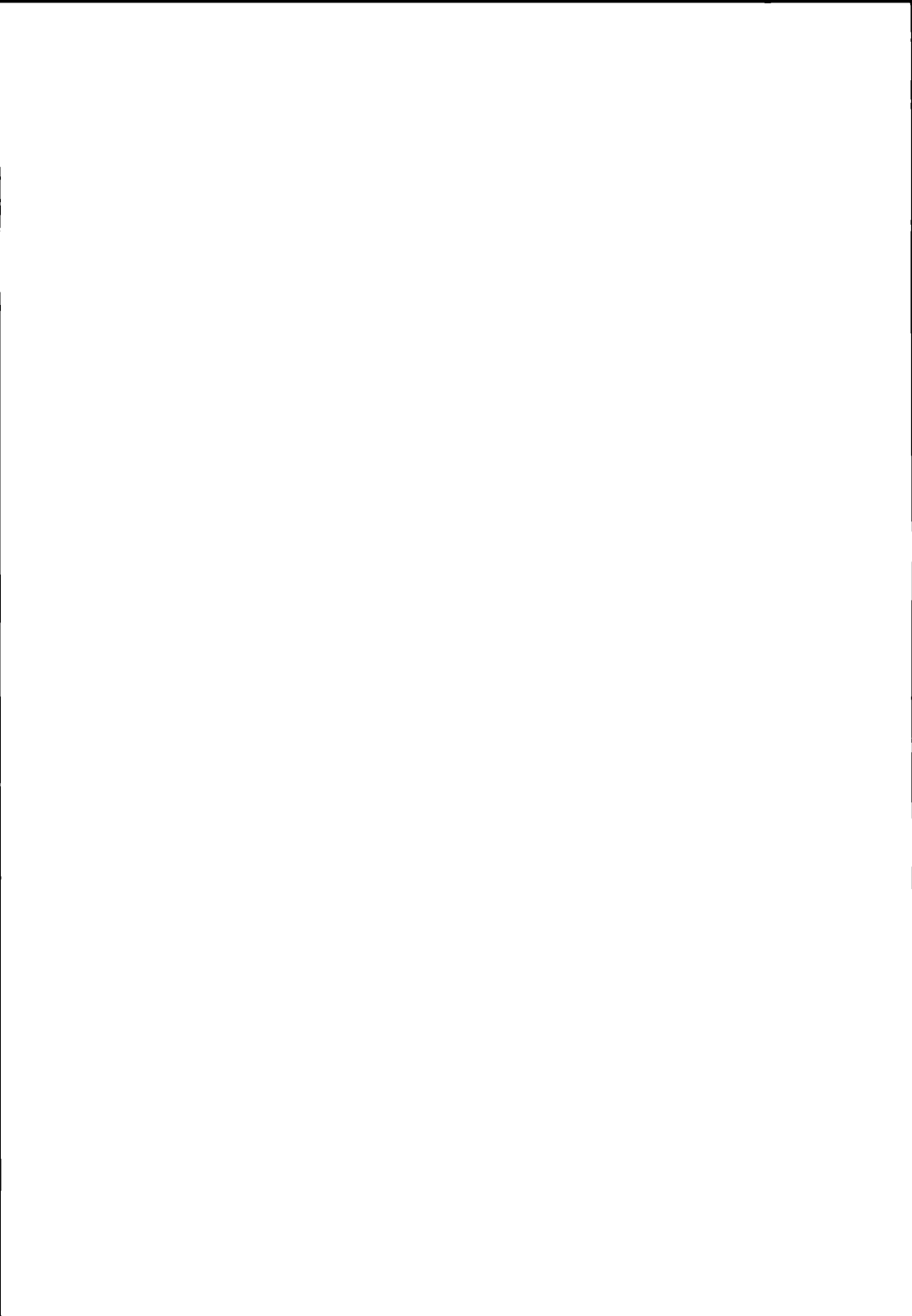


# Protokoll

Bundesausschuss der CDU Deutschlands  
am 14. November 2005 in Berlin  
Konrad-Adenauer-Haus





# **Protokoll**

**Bundesausschuss der CDU Deutschlands  
am 14. November 2005 in Berlin  
Konrad-Adenauer-Haus**



**INHALT**

**Seite**

**Eröffnung: Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU Deutschlands**

**5**

**Regularien**

**5**

**Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden  
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Angela Merkel,  
zur aktuellen politischen Situation und zu den Koalitionsverhandlungen**

**6**

**Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden,  
Beratung und Entscheidung über die Koalitionsvereinbarung**

**19**

**Bericht der Mandatsprüfungskommission**

**51**

**Sonstige Anträge**

**52**

**Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel**

**52**

**ANHANG**

**Beschlussprotokoll**

**55**

**Rednerverzeichnis**

**59**



**Bundesausschuss der CDU Deutschlands  
am 14. November 2005 in Berlin  
Konrad-Adenauer-Haus**

(Beginn: 12.07 Uhr)

**ERÖFFNUNG**

**Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU (mit Beifall begrüßt):** Liebe Freunde und liebe Gäste, ich möchte Sie heute ganz herzlich zu diesem Bundesausschuss hier im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin begrüßen. Der Grund dafür, dass wir uns heute versammelt haben, ist klar: Wir haben über die Koalitionsvereinbarung mit den Sozialdemokraten zu befinden.

Bevor wir beginnen, muss ich Sie aber mit einem kurzen Blick zurück auf den Wahlkampf um ein Gedenken an ein tödlich verunglücktes langjähriges Mitglied unserer Partei bitten.

(Die Anwesenden erheben sich)

Karl-Ludwig Biedermann war im Wahlkampfeinsatz auf seinem Fahrrad zum Plakatieren unterwegs. Er ist dabei von einem Auto erfasst worden und erlag noch am gleichen Tag, dem 30. Juli 2005, im Alter von fast 77 Jahren seinen schweren Verletzungen. Er hatte sich seit 36 Jahren in seinem CDU-Stadtverband Sindelfingen in vielfältiger Weise engagiert. Bis zu seinem Tod war er trotz seines fortgeschrittenen Alters noch ein höchst aktives Mitglied im Vorstand des CDU-Stadtverbandes sowie bei den Sozialausschüssen und beim Evangelischen Arbeitskreis. Er hat die Ideale der CDU vertreten und ihre Werte gegen Andersdenkende verteidigt. Karl-Ludwig Biedermann hat sich um die Christlich Demokratische Union Deutschlands verdient gemacht. Ich bitte Sie, zu seinen Ehren eine Schweigeminute einzulegen. – Ich danke Ihnen.

Nummehr rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 2 auf:

**REGULARIEN**

Ich schlage Ihnen ein Tagungspräsidium vor; die Namen finden Sie in Ihren Tagungsunterlagen. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist das Tagungspräsidium gewählt, und ich bitte die Mitglieder des Tagungspräsidiums, ihre Arbeit erfolgreich aufzunehmen.

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Liebe Parteifreundinnen und Partelfreunde! Die vorgesehene Tagesordnung wurde Ihnen mit der schriftlichen Einladung fristgemäß zugesandt und liegt Ihnen als Tischvorlage nochmals vor. Wer der Tagesordnung in dieser Form zustimmen möchte, den bitte ich um sein Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir kommen nun zur Bestätigung der vom Bundesvorstand bestellten Antragskommission. Die Liste mit den Vorschlägen finden Sie in den Unterlagen. Wer dieser Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist so beschlossen.

Wir kommen dann zur Wahl der Mandatsprüfungskommission. Der Bundesvorstand schlägt Ihnen für diesen Bundesausschuss eine Mandatsprüfungskommission vor. Auch diese Namen finden Sie in Ihren Tagungsunterlagen. Wer der Mandatsprüfungskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist so beschlossen.

Nun folgt die Wahl der Stimmzählkommission. Auch dazu liegen Ihnen die Namen in den Tagungsmappen vor. Wer der Stimmzählkommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ferner schlage Ich Ihnen vor, als Antragsschluss für Initiativanträge 13 Uhr festzusetzen. Wer meinem Vorschlag zustimmt, den bitte Ich wiederum um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist so beschlossen, und wir verfahren entsprechend. Das Büro der Antragskommission befindet sich im Raum 40/14 in der vierten Etage. – Ich bitte Sie, noch zu beachten, dass nach § 27 unserer Geschäftsordnung ein Antrag nur dann gestellt werden kann, wenn er von mindestens sechs stimmberechtigten Delegierten unterstützt wird. Ein Antrag muss dann, wenn sechs Unterschriften vorliegen, spätestens um 13 Uhr beim Präsidium eingebracht sein.

Für Wortmeldungen während der jeweiligen Aussprache und der Antragsberatung benutzen Sie bitte den Wortmeldezettel in Ihren Delegiertenunterlagen. Sie können den Zettel hier neben der Bühne – von mir aus gesehen rechts – abgeben und werden dann entsprechend aufgerufen.

Damit sind die Formalien beendet, und ich kann TAGESORDNUNGSPUNKT 3 aufrufen:

**BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS UND VORSITZENDEN  
DER CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG ZUR AKTUELLEN POLITISCHEN  
SITUATION UND ZU DEN KOALITIONSVERHANDLUNGEN**

**Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Lieber Volker Kauder, liebe Freunde, meine Damen und Herren! Wir haben uns hier heute zum Kleinen Parteitag versammelt, um über den Koalitionsvertrag mit den Sozialdemokraten zu befinden. Dieser Koalitionsvertrag liegt Ihnen vor. 18 Arbeitsgruppen, an denen jeweils sechs Vertreterinnen und Vertreter der Unionsseite teilgenommen haben, haben an 26 Tagen hart gearbeitet, und viele andere haben bei den vorbereitenden Positionierungen mitgewirkt. Als allererstes möchte ich all denen, die viele Stunden lang verhandelt haben, stellvertre-



tend Volker Kauder, der für die CDU die so genannte Steuerungsgruppe geführt hat, und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Es steckte viel Arbeit darin!

(Beifall)

Diese Koalitionsvereinbarung ist das Ergebnis eines gemeinsamen Ringens von CDU, CSU und SPD. Unserer Tradition entsprechend hat gestern die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Votum abgegeben und zwar ein überzeugendes, einstimmiges, das wir in CDU und CSU auch als ein Stück Empfehlung betrachten, denn in der Geschichte der Union hat immer zuerst die Bundestagsfraktion über Koalitionsvereinbarungen befunden.

Das zeigt, dass die Bundestagsfraktion das Bindeglied zwischen den Unionsparteien ist. Dennoch werden wir auch Sie heute um eine Entscheidung zu dieser Koalitionsvereinbarung bitten.

Wir befinden uns heute, am 14. November 2005, fast zwei Monate nach der Bundestagswahl. Es war eine Bundestagswahl, bei der die Wählerinnen und Wähler in Deutschland uns zur stärksten Kraft gemacht haben. Bei dieser Bundestagswahl haben uns die Wählerinnen und Wähler aber nicht das Ergebnis verschafft, das wir uns erhofft hatten. Nach dieser Wahl ist aber dennoch klar, dass wir einen Auftrag haben: Als stärkste Kraft haben wir den Auftrag, die Regierung zu bilden. Nach der Wahl haben wir genau das in Angriff genommen. Sie wissen, das war am Anfang nicht einfach. Wie Sie wissen, hat Deutschland seit mindestens sechs Monaten keine handlungsfähige Regierung mehr. Die Menschen im Lande warten auf politische Entscheidungen. Wenn man ins Ausland, wenn man nach Europa schaut, dann erkennt man, dass die Erwartungen an eine handlungsfähige deutsche Regierung mindestens so groß sind wie im Inland.

Es ist relativ müßig, heute darüber zu befinden, ob die Wählerinnen und Wähler bewusst oder unbewusst eine Große Koalition gewählt haben. Tatsache ist zunächst einmal: Sie haben Rot-Grün abgewählt und dem Land damit einen großen Dienst erwiesen.

(Beifall)

Sie haben uns aber auf der anderen Seite nicht das Votum für die von uns gewünschte Koalitionskonstellatation gegeben. Wir haben eine Koalition mit der FDP angestrebt. Dies ist nicht möglich. Was heißt politisch verantwortliches Handeln in einer solchen Situation, also unter solchen Bedingungen? Das ist die Frage, vor der wir standen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Wir hätten sagen können: Wir geben den Wählerauftrag zurück. Das hätte nichts anderes als Neuwahlen bedeutet. Ich glaube, das wäre ein verheerendes Signal an die Menschen in unserem Land gewesen. Wir haben die Aufgabe, ihrem Votum zu folgen.

(Beifall)

Wir haben uns die Konstellationen angeschaut. Wir haben sondiert, ob eine Konstellation Liberale/Union/Grüne möglich ist. Ich habe an diesen Sondierungsgesprächen teilgenommen.

Ich kann nur sagen: Die Grünen haben es nicht gewollt. Nach meiner Auffassung hätte es deshalb auch keine stabile Konstellation gegeben, in der verantwortliches Handeln für unser Land möglich gewesen wäre. Es hat die Möglichkeit gegeben, dass die SPD mit den Linken oder anderweitig eine Minderheitenkonstellation bildet. All das würde ebenfalls nicht den Anforderungen der Wählerinnen und Wähler gerecht. Ich sehe als einzige verantwortbare Perspektive – auch aus staatspolitischer Notwendigkeit – die Möglichkeit einer Großen Koalition. Das war der Grund, weshalb wir in diese Verhandlungen gegangen sind und Koalitionsverhandlungen mit den Sozialdemokraten aufgenommen haben.

Wir beenden damit im Übrigen eine Oppositionszeit, die für eine Volkspartei die kürzeste in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist. Das waren sieben Jahre Opposition. Alle anderen Phasen von Regierungswechseln haben länger gedauert. Das heißt, wir stellen uns unserer Verantwortung. Dazu will ich eines vorweg sagen: Nichts, aber auch gar nichts, was wir in unserem Regierungsprogramm für richtig befunden haben, ist dadurch, dass wir in den Koalitionsverhandlungen nicht alles durchsetzen konnten, falsch geworden. Wir stehen zu dem, was wir aus Überzeugung im Regierungsprogramm für richtig gehalten haben. Das ist gar keine Frage.

(Beifall)

Aber Politik ist eben nicht die Kunst des Wünschbaren, sondern – um mit unserem ersten Vorsitzenden, Konrad Adenauer, zu sprechen – die Kunst des Möglichen. Weiter: „Das heißt, sie muss mit einem gesunden Realismus ihr Handeln den Gegebenheiten anpassen.“ So hat es Konrad Adenauer schon zu Beginn der Republik beschrieben.

Unter diesem Aspekt müssen wir uns heute auch vor Augen führen: Was haben wir erreicht? Was können wir durchsetzen? Wie können wir an die Arbeit gehen? Ich habe mir unter diesem Aspekt ein Flugblatt zu unserem Regierungsprogramm angeschaut, das wir im Wahlkampf verwendet haben. In diesem Flugblatt hieß es: „Deutschlands Chancen nutzen“. Dort hieß es: Wir stehen für einen Wechsel, und zwar in Bezug auf vier Punkte: Erstens: Wechsel hin zu Klarheit und Verlässlichkeit. Zweitens: Wechsel hin zu Arbeit und Wachstum in diesem Land. Drittens: Wechsel hin zu einer Zukunft für Familien und Kinder. Viertens: Wechsel hin zu Zuversicht und Chancen, das heißt für eine bessere Politik.

Lassen Sie uns das einmal Revue passieren. Führen wir uns dieses Flugblatt noch einmal vor Augen und fragen wir uns, was das bedeutet. Zunächst der Wechsel hin zu Klarheit und Verlässlichkeit. Wir haben bereits vor Beginn der Koalitionsverhandlungen und dann an ihren Anfang Wert darauf gelegt, dass die Politik nicht schon wieder mit einer Lüge beginnend, dass wir uns die Realität nicht in vollem Umfang vor Augen führen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn ich manche Kritik dieser Tage höre, dann habe ich den Eindruck: Manch einer macht sich die Realität dieses Landes immer noch nicht ausreichend klar. Es wäre aber ganz

falsch gewesen, mit den Sozialdemokraten einen Weg zu beginnen, ohne dass man sich anschaut, wo wir stehen und welche Probleme wir haben. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Lage des Haushaltes. Daran kommt keiner vorbei, wer sich ehrlich machen will und feststellen möchte, wo wir stehen und wo der Ausgangspunkt ist.

(Beifall)

Ich will an dieser Stelle auch sagen: Für uns war solide Haushaltspolitik immer ein Markenzeichen. Da geht es nicht um Erbsen zählen, da geht es nicht um kleinkariertes Rechnen, sondern um die Frage: Wie halte ich es eigentlich mit der Zukunft? Wie viel Verantwortung übernehme ich dafür, dass diejenigen Generationen, die nach uns kommen, ebenfalls noch Spielräume haben? Wir liegen schon heute bei einer Investitionsquote von unter 9 Prozent. Wir leben von der Substanz. Nach meiner festen Überzeugung und auch mit Blick auf die demographischen Probleme, die wir haben – ich erinnere an die Tatsache, dass wir zu wenig Kinder haben –, ist es am Anfang des 21. Jahrhunderts eine unbedingte Voraussetzung, klar zu sagen: Ja, wir stellen uns der Verantwortung; wir hören auf, von der Substanz zu leben. Im Übrigen sind wir von einem ausgeglichenen Haushalt noch weit entfernt. Aber wir bemühen uns wenigstens, wieder zu einer einigermaßen soliden Finanzpolitik zurückzufinden. Das heißt, dass wir wieder einmal endlich an unser Grundgesetz denken und verfassungsgemäße Haushalte abliefern, also so, dass wir nicht im Januar so tun, als könnten wir es, um dann im August mit Augenzwinkern zu sagen: Ach, nun ist uns aufgefallen, dass das doch nicht geht. Das zerstört den gesamten Glauben der Menschen an Politik. Deshalb haben wir hier auf einer Kehrtwende bestanden.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle Roland Koch ganz besonders danken.

(Vereinzelt Beifall)

Er hat diese Dinge sehr verantwortungsvoll und sehr detailliert betrieben. Er hat von den Sozialdemokraten das klare Bekenntnis abverlangt, sich dieser Verantwortung zu stellen. Wenn wir uns das alles anschauen, dann erkennen wir, dass wir im nächsten Jahr nicht in der Lage sind, einen verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen. Das heißt wir müssen es für 2007 aber mit aller Kraft anstreben.

Ich bin nicht bereit – das war keiner in der Verhandlungsdelegation; das sage ich ganz klar –, auch im zweiten Jahr einer Regierung, die von der Union geführt wird, sehenden Auges wieder einen nicht verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen. Wir sind die Partei, die sich immer zum Grundgesetz bekannt hat. Das bedeutet ein Bekenntnis zum Grundgesetz in allen Facetten und nicht ein Bekenntnis nur dazu, was einem gerade einmal passt.

(Beifall)

Deshalb lag die Aufgabe vor uns, für das Jahr 2007 ein Defizit von 35 Milliarden Euro zu überbrücken. Dieser Aufgabe haben wir uns gestellt. Die Tatsache, dass das notwendig ist, hat manch einen überrascht. Ich sage: Es hat uns alle ein Stück überrascht, dass es eine so große Aufgabe ist. Wir werden von diesen 35 Milliarden Euro 10 Milliarden Euro direkt einsparen, davon übrigens 8 Milliarden Euro im Bereich der sozialen Sicherungssysteme. Das ist eine unglaubliche Anstrengung. Damit muten wir auch vielen etwas zu. Wir werden einen Subventionsabbau in Höhe von 5 Milliarden Euro vornehmen. Was den Subventionsabbau angeht, wissen wir ganz genau: Wenn Windkraft- und andere Fonds geschlossen werden, dann mag das noch einigermaßen akzeptabel sein; beim Subventionsabbau in vielen anderen Bereichen ist die Freude bei den Betroffenen schon nicht mehr ganz so groß. Das heißt, diese Sache ist politisch schon sehr viel schwieriger.

15 Milliarden Euro von den 35 Milliarden Euro erwirtschaften wir durch Einsparungen. Wir sorgen für Einnahmeverbesserungen in Höhe von 10 Milliarden Euro, was im Zuge einer Mehrwertsteuererhöhung um 2 Prozent möglich wird. Wir haben dann noch 10 Milliarden Euro für Einmalwirkungen, also durch den Verkauf von Bundesvermögen, zur Verfügung.

Liebe Freunde, wir haben viel darüber diskutiert, ob diese Sparanstrengungen groß genug sind. Dazu kann man sicherlich manches sagen. Eine der Fragen war zum Beispiel: Wollen wir die Renten kürzen? Wollen wir Familienleistungen kürzen? Wollen wir Investitionen kürzen? Das aber scheidet aus, weil dadurch die Spielräume zur Neuverschuldung geringer würden. Wir haben uns das nicht leicht gemacht. Aber nach meiner Auffassung – darauf komme ich zurück, wenn ich später über die Rentenreform spreche – haben wir uns zu Recht entschieden, die Renten über das notwendige Maß an Reformen nicht zu kürzen. Wenn man so vorgeht, dann sind die Spielräume des Bundes ausgesprochen gering, denn wenn man sich mit dem Bundeshaushalt beschäftigt, dann stellt man fest, dass es da fast keine Möglichkeiten mehr gibt.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Fachleute, die ich wirklich schätze, haben öffentlich erklärt, man könne Subventionen in Höhe von 40 Milliarden Euro sparen; 11 Milliarden Euro davon seien schon bei der Eigenheimzulage zu holen. Das Ganze haben sie im Hinblick auf den Haushalt 2007 gesagt. Dem kann ich nur entgegnen: In einer seriösen öffentlichen Diskussion kann ich schon erwarten, dass denjenigen, die so etwas sagen, bekannt ist, dass die eine Hälfte der durch den Wegfall der Eigenheimzulage frei werdenden Mittel den Ländern zusteht und die andere Hälfte dem Bund. Das heißt, der Bund bekommt – innerhalb von acht Jahren – 5,5 Milliarden Euro. Er bekommt also im ersten Jahr 500 Millionen Euro und nicht mehr. Man kann daher nicht so tun, als könnte man einmal ganz locker 35 Milliarden Euro einsparen. Ich finde, in die öffentliche Diskussion muss eine neue Redlichkeit einziehen, sonst kommen wir in diesem Land nicht weiter.

(Beifall)

Mit diesen Planungen haben wir dann trotzdem Wege gefunden, Politik zu gestalten. Das ist wichtig. Politische Kraft kann sich nicht im Sanieren erschöpfen, sondern sie muss auch investieren und reformieren. Dazu werde ich später mehr sagen.

Wir haben uns entschieden, keine Rentenkürzungen vorzunehmen. Aber wir schlagen Ihnen heute eine Rentenreform vor, wie wir sie auch dann nicht besser hätten machen können, wenn wir allein regierten. Wir verlängern die Lebensarbeitszeit und setzen damit die Vorschläge der Herzog-Kommission eins zu eins um. Wir berücksichtigen den Nachhaltigkeitsfaktor, der den demographischen Gegebenheiten Rechnung trägt. Außerdem sorgen wir für einen so genannten nachholenden Nachhaltigkeitsfaktor. Das heißt, wenn die Renten in einem Jahr aufgrund des Nachhaltigkeitsfaktors eigentlich gekürzt werden müssten – was wir nicht tun – und wenn in einem anderen Jahr eine Rentenerhöhung möglich wäre, dann wird eine solche Rentenerhöhung nicht stattfinden, weil dies mit den vorherigen Jahren verrechnet wird. Das wiederum wird dazu führen, dass für die Rentnerinnen und Rentner in den nächsten Jahren kaum Rentensteigerungen möglich sind. Das ist ganz einfach so. Wir stellen uns damit der Realität des demographischen Wandels in einer verantwortlichen Weise. Ich glaube, das gehört zu den wirklich verantwortbaren, klaren und verlässlichen Ergebnissen dieser Koalitionsvereinbarung.

An anderer Stelle, bei Pflege und Gesundheit, haben wir gemerkt, dass wir mit unseren sehr unterschiedlichen Konzepten in vier Wochen keine vernünftigen Lösungsmöglichkeiten finden. Bevor wir irgendwelche Zugeständnisse gemacht haben, haben wir eine Aufgabe formuliert; denn wir wollen vier Jahre mit den Sozialdemokraten regieren. Ich habe in der Fraktion gestern scherzhaft gesagt: Wenn man sich vor Augen führt, wie lange die Union, CDU und CSU, miteinander gebraucht haben, um sich auf einen Kompromiss beim Prämienmodell zu verständigen, dann konnte man wirklich nicht davon ausgehen, dass man das mit den Sozialdemokraten innerhalb von vier Wochen schafft. Insofern muss hier weiter hart gearbeitet werden; denn ohne eine Strukturreform in den Bereichen Pflege und Gesundheit werden wir unseren Ansprüchen an Regierungsarbeit und auch an den Haushalt nicht gerecht werden. Deshalb besteht ein starker Handlungszwang für das erste Regierungsjahr. Aber ich halte das für allemal besser, als jetzt einen Schnellschuss zu machen, der keine zwei Wochen lang trägt und der unsere Prinzipien verrät. Wir haben also eine klare Aufgabe.

Liebe Freunde, wenn es um Klarheit und Verlässlichkeit geht, dann geht es auch um die Europapolitik und die Außenpolitik, die in dieser Koalitionsvereinbarung vernünftig und richtig formuliert sind. Es geht um eine Verbesserung des transatlantischen Verhältnisses. Es geht auch um eine stärkere Kooperation mit den kleineren Ländern in der Europäischen Union. Es geht um eine unseren Ansprüchen entsprechende Formulierung, auch bezüglich der Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Hierzu wird ganz klar gesagt, dass es auf zwei Dinge an-

kommt: Erstens darauf, dass die Türkei die Beitrittskriterien erfüllt. Aber es kommt zweitens auch auf etwas anderes an – da beginnen die Unterschiede –: Es kommt auch auf die Integrationsfähigkeit der bestehenden Europäischen Union an.

(Vereinzel Beifall)

Wir haben unsere Zweifel daran, dass das gegeben ist. Deshalb wird ausdrücklich gesagt: Wenn das nicht möglich ist, wenn die bestehende Europäische Union ein Land wie die Türkei also nicht aufnehmen kann, dann muss es ein privilegiertes Verhältnis mit der Türkei geben. Das ist etwa das, was wir immer gefordert haben. Auch das ist in unserer Koalitionsvereinbarung verankert.

Ich sagte es, in unserem Flugblatt hatten wir als zweites Ziel festgehalten, einen Wechsel hin zu Arbeit und Wachstum schaffen zu wollen. Denn eines ist klar: Am Ende der Großen Koalition, nach vier Jahren, werden wir nach einer einzigen Frage beurteilt werden: Geht es den Menschen in diesem Land besser? Haben mehr Menschen Arbeit? Haben die Menschen Arbeit, von der sie leben können? Haben die Menschen anspruchsvolle Arbeitsplätze? Haben sie zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze? Es geht um mehr Teilhabe. Es geht darum, dass wir es schaffen, den Menschen wieder Licht am Ende des Tunnels zu zeigen. Es geht darum, zu zeigen, dass Politik gestalten kann, auch in Zeiten der Globalisierung. Viele glauben daran leider nicht mehr.

Sicherlich auch deshalb waren diese Verhandlungen mit die schwierigsten, insbesondere im Bereich des Arbeitsrechts. Unsere Überzeugung ist nämlich: Flexibilisierung des Arbeitsrechts ist ein Meilenstein und eine wichtige Weichenstellung, um im globalen und im europäischen Maßstab wieder besser dazustehen, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Hier hat man ganz genau gemerkt, dass die Überzeugungen von uns, von der Union, und die Überzeugungen der Sozialdemokraten weit auseinander gehen. Diese Verhandlungen gehörten sicherlich zu den schwierigsten. Ich möchte Ronald Pofalla dafür ganz herzlich danken. Er hat Stunden und Aberstunden – ich glaube, es waren zum Schluss mehr als 50 – mit den anderen verbracht, um das zu erreichen, was wir erreicht haben.

(Beifall)

Dazu sagen wir alle miteinander, nicht nur ich: Da hätten wir gerne mehr erreicht. Das ist überhaupt keine Frage. Dass wir bei den betrieblichen Bündnissen für Arbeit nicht vorangekommen sind, das heißt nicht, dass wir das deshalb für falsch halten. Dass wir nicht mehr erreicht haben, das ist schade. Ich sage aber auch: Wir werden da ganz klar am Ball bleiben. Wir werden das Gespräch mit den Gewerkschaften suchen; wir werden das Gespräch mit den Arbeitgebern suchen. Die Frage von Flexibilität und auch von Zutrauen in die Kraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Betriebsräte ist aus meiner Sicht in der Globalisierung von entscheidender Bedeutung. Man muss dieses dicke Brett bohren und man darf nicht aufhören, es zu

tun. Dennoch konnten wir bis jetzt noch nicht mehr erreichen. Das einzuräumen gehört auch zur Wahrheit. Ich will das überhaupt nicht schönreden.

Aber, meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir haben andere Dinge erreicht. Wir haben erreicht, dass wir 1 Prozent der Mehrwertsteuererhöhung plus Strukturmaßnahmen bei der Bundesagentur für Arbeit so zusammenbringen können, dass wir zu einer 2-prozentigen Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung kommen werden. Liebe Freunde, es war einer der Kernpunkte unseres Regierungsprogramms und unseres Wahlkampfes, dafür einzutreten, die Lohnzusatzkosten zu senken. Wenn das nicht geschieht, werden wir gerade bei den einfachen Tätigkeiten überhaupt keine Chance mehr haben, wettbewerbsfähig zu sein. Dass wir hierbei einen Einstieg geschafft haben, halte ich für einen Riesengewinn und für eine deutliche Handschrift der Union. Deshalb muss das unbedingt kommen, umgesetzt und weitergeführt werden. Auch da werden wir nicht lockerlassen.

(Beifall)

Beim Kündigungsschutz haben wir eine Neuerung erreicht, die ich für sehr vernünftig halte: Es wird in Zukunft eine Probezeit von zwei Jahren geben.

(Zuruf)

Da sagt gerade jemand: Das gibt es auch schon heute. Heute gibt es die dreimalige grundlose Befristung. Jetzt werde ich Ihnen den Unterschied erklären – es ist gut, dass wir darüber sprechen –: Wenn man dreimal befristet – sechs Monate, sechs Monate, zwölf Monate –, dann hat man jeweils die Pflicht – das ist auch für den Mittelstand der Punkt –, die betreffende Person sechs Monate lang zu beschäftigen. Das heißt, man kann am Ende von sechs Monaten kündigen, man kann dann wiederum nach sechs Monaten kündigen und man kann erneut nach zwölf Monaten kündigen. In Zukunft kann man innerhalb einer 14-tägigen oder sonstigen Befristung kündigen. Man ist also voll flexibel und ist an keinerlei Befristungen gebunden. Das ist ein Fortschritt. Weite Teile der Wirtschaft haben uns deutlich gesagt – wir haben viele Gespräche geführt –, sie halten dies sogar für eine bessere Möglichkeit als das von uns vorgesehene Optionsmodell. Ich halte das für einen wichtigen Fortschritt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir haben mit den Sozialdemokraten außerdem vereinbart – das ist ein Punkt, der uns sehr wichtig war –, dass wir EU-Richtlinien in Zukunft maximal eins zu eins umsetzen. Sie wissen, wie oft Rot-Grün draufgesattelt und Deutschland damit in eine schlechtere Position gebracht hat. Damit ist Schluss. EU-Recht wird eins zu eins umgesetzt, angefangen vom Antidiskriminierungsgesetz bis hin zu allen anderen Richtlinien. Ich glaube, das findet den ungeteilten Beifall.

(Beifall)

Wir haben ein klares Bekenntnis zum Bürokratieabbau verankern können, und zwar in zwei Richtungen: Zum einen wird es ein Artikelgesetz geben, das für den Mittelstand Erleichterungen bei Kontrollen, Statistikpflichten usw. schafft. Ich glaube, jeder, der in einem kleinen Betrieb arbeitet, weiß, welche Entlastung das heutzutage bedeuten kann. Aber – das hat Norbert Röttgen in ganz besonderer Weise vorangetrieben – wir werden an das Thema Bürokratieabbau neu herangehen. Denn auch wir wissen, dass das Stichwort „Bürokratieabbau“ heutzutage oft ein schönes Bekenntnis ist; aber kaum, dass es konkret wird, kennt jeder irgendjemand anderen, der etwas dagegen hat. Deshalb wird es im Kanzleramt eine Institution geben, die mit von außen kommenden Personen besetzt ist. Diese Institution wird zunächst einmal festlegen – so haben es die Holländer gemacht –, wie hoch die Bürokratiekosten eigentlich sind. Darüber gibt es ja immer wieder ganz unterschiedliche Auffassungen. Diese Kosten müssen einmal auf den Tisch. Dann muss man sich Reduktionsziele vornehmen, zum Beispiel in der Form, dass man sich vornimmt, die Bürokratiekosten zu halbieren. Das Ganze muss messbar sein, so dass der Erfolg von Bürokratieabbau und der entsprechenden Gesetzgebung verifiziert werden kann. Die Holländer und die Briten haben damit jedenfalls sehr gute Erfahrungen gemacht. Wir werden das genauso machen. Bürokratieabbau wird also endlich kontrollierbar und ist nicht mehr nur etwas für Sonntagsreden. Ich halte auch das für einen ganz wichtigen Punkt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden eine Unternehmensteuerreform zum 1. Januar 2008 mit einer rechtsformneutralen Besteuerung schaffen. Da liegt viel Arbeit vor uns. Das stelle ich fest, nachdem ich mir angeschaut habe, welche Interessen da berücksichtigt werden müssen. Aber wir haben uns an verschiedenen Stellen, auch bei den Förderinstrumenten, in die Pflicht genommen, dafür zu sorgen, dass das klappt. Insofern sehe ich hier für eine Große Koalition eine echte Chance.

Wir haben uns bei unseren Schwerpunkten ganz besonders auf den Mittelstand konzentriert. Meine Damen und Herren, deshalb verstehe ich manche Kritik dazu nicht so ganz. Der Mittelstand hat natürlich die größten Schwierigkeiten, sich an die Globalisierung anzupassen. Da gibt es keine riesigen Rechtsabteilungen und keine riesigen Steuerabteilungen; vielmehr muss man alles, was heutzutage an Wissen zu bewältigen ist, wenn man in einer globalen Welt arbeitet, mit ziemlich wenig Personal schaffen. Deshalb haben wir gesagt: Unsere Forderungen müssen sich auf den Mittelstand konzentrieren. Wir werden die Erbschaftsteuer dahin gehend verändern, dass bei einbehaltenem Vermögen in Tranchen bis zu zehn Jahren keine Erbschaftsteuer mehr fällig ist. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Signal an Familienunternehmen, dass man im Lande bleiben kann.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden etwas machen bei der Soll- und Ist-Besteuerung, weil an dieser Stelle – gerade Anfang nächsten Jahres – den Unternehmen durch die 13. Beitragserhebung eine Menge



Liquidität entzogen wird. Wenigstens an dieser Stelle kann man einen Teil dieser Liquidität den kleineren Unternehmen wieder zurückgeben. Wir werden etwas bei den degressiven Abschreibungen machen – befristet auf zwei Jahre –, um einen Investitionsschub in Gang zu setzen. Das sind drei Maßnahmen plus Bürokratieabbau, die auf den Mittelstand ganz wesentlich konzentriert sind.

Wir werden an einer Stelle einen Paradigmenwechsel vornehmen. Um diesen Paradigmenwechsel haben wir mit den Sozialdemokraten jahrelang gekämpft. Jeder, der erlebt hat, wie Frau Matthäus-Maier im Deutschen Bundestag gegen das Dienstmädchenprivileg geredet hat, weiß, wovon ich spreche. In Zukunft wird der Haushalt Arbeitgeber sein. Das ist ein ganz wichtiger Punkt in einer alternden Gesellschaft, in einer Dienstleistungsgesellschaft.

(Beifall)

Wir werden so vorgehen, dass einheitliche steuerliche Förderungsmöglichkeiten für drei verschiedene Felder vereinbart werden: für die Kinderbetreuung, für die Einstellung von Personal im Haushalt und für die Möglichkeit des Abzugs von Handwerkerrechnungen. Damit haben wir ein neues Beschäftigungsfeld herausgeholt aus der Schmutzdecke der gesellschaftlichen Diskussion und hineingebracht in den Arbeitsmarkt. Ich halte das für unsere Gesellschaft für ganz wesentlich. Ich bin darauf ein ganzes Stück weit stolz.

(Beifall)

Wir haben eine Menge geschafft, was die Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen angeht. Unser Bundespräsident hat gesagt: Wir sind teurer als andere Länder und wir haben einen höheren Wohlstand; wenn wir das erhalten wollen, dann gibt es nur einen Weg: Wir müssen immer noch viel besser sein, als wir teuer sind. Was hindert uns daran? Daran hindert uns zum einen, dass die Fördermöglichkeiten, die finanziellen Faktoren, nicht ausreichend sind. Es gibt von dieser Koalition ein klares Bekenntnis dazu, im Jahre 2010 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Technologieentwicklung aufzubringen. Der Bund wird seinen Anteil daran in den nächsten Jahren leisten. Das heißt, es wird sehr gute Zuwachsraten im Haushalt für Forschung und Technologie geben.

Wir wissen aber auch: Die Rahmenbedingungen sind oft nicht gut. Hier vorne sitzt Hans-Gert Pöttinger. Auch Hartmut Nassauer ist da. Ich denke daher sofort an REACH, an die Chemikalienpolitik der Zukunft, an den Chemiestandort Deutschland. Er ist schwer in Gefahr. Wir haben mit den Sozialdemokraten eine Verhandlungslinie vereinbart. Mit dieser Linie können wir vor allen Dingen sicherstellen, dass sich die mittelständische chemische Industrie vor dieser Richtlinie nicht in dem Maße fürchten muss, wie sie es vorher musste. Um es einmal vorsichtig zu sagen: Ich halte die ganze Richtlinie nicht für besonders gelungen. Aber wir können jetzt eine Verhandlungsposition einnehmen, die sich von der von Rot-Grün deutlich unterscheidet. Ich

bin den Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament, insbesondere Hartmut Nassauer, dankbar, dass er dort den Konsens mit den Sozialdemokraten gesucht hat. Das war ein großer Fortschritt.

(Vereinzel Beifall)

Wir haben vereinbart, dass das Gentechnikgesetz wieder behandelt wird. Das heißt, dass die Voraussetzungen für grüne Gentechnologie besser werden. Das hat auch auf die weiße Gentechnologie Auswirkungen. Es geht also um einen wichtigen Zukunftsbereich. Außerdem haben wir in der Gesundheitsarbeitsgruppe für die forschenden Pharmaunternehmen bessere Bedingungen ausgehandelt. Es gilt also in Bezug auf verschiedene Felder die Sicherheit, dass die Stärken Deutschlands fortentwickelt werden und dass neue Stärken hinzugewonnen werden.

Als es um Wachstum und Arbeit ging, waren wir natürlich in keiner optimalen Lage. Wir mussten die Haushaltspolitik mit der Notwendigkeit zusammenbringen, einen Aufschwung mit großer Wahrscheinlichkeit hervorzubringen. Deshalb haben wir uns im Hinblick auf unsere Maßnahmen eine Abfolge überlegt. Diese Abfolge sieht vor, erst Anreize für Investitionen zu schaffen, erst Bürokratie abzubauen, um erst danach die Belastungen zu schaffen, das heißt die Mehrwertsteuererhöhung, gekoppelt mit der Entlastung bei den Lohnzusatzkosten, allerdings nicht in gleichem Umfang. Darüber kann man jetzt lange reden und man kann fragen, ob das alles optimal ist. Auch ich hätte mir einen anderen Haushalt gewünscht. Auch ich hätte mir gewünscht, einen anderen Haushalt vorzufinden. Aber wenn wir die Realität betrachten, dann erkennen wir, dass diese Abfolge – aus meiner Sicht – so gewählt ist, dass Deutschland die Chance zu einem Aufschwung hat.

Jetzt kann ich uns nur bitten – ich persönlich werde das sehr hart tun –: Wenn andere, die diesen Vertrag jetzt beurteilen, Kritik üben, dann ist das legitim, dann ist das möglich. Aber wenn dies in einer Art und Weise geschieht, dass damit die psychologische Notwendigkeit für einen Aufschwung und für das Ausstrahlen von Zuversicht völlig kaputt gemacht wird, dann werde ich als Politikerin zumindest dafür kämpfen, dass wir für dieses Land etwas zustande bringen und dass wir uns nicht dauernd alles mies reden. Diese Große Koalition hat eine Chance verdient, erst einmal etwas zu machen, bevor man das Urteil über sie spricht, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich bin wirklich eine Freundin der Wirtschaft. Aber wenn ich sehe, wie es Menschen, die in ihren eigenen Unternehmen haufenweise Probleme haben, locker über die Lippen kommt, was für unsinnige Vorschläge die Politik doch macht, dann kann ich nur sagen: Ich gestehe diesen Leuten zu, dass sie über ihre Probleme nachdenken. Ich halte mich zurück, wenn Tarifverträge abgeschlossen werden. Zu dem, was diesbezüglich in Deutschland geschieht, wäre mir schon so

manches eingefallen. Aber ich erbitte ein kleines bisschen Ehrfurcht auch vor denjenigen, die Stunden und Aberstunden überlegt haben, wie sie Deutschland nach vorne bringen.

(Beifall)

Wir haben im Wahlkampf drittens einen Wechsel für Familien und Kinder versprochen. Der private Haushalt als Arbeitgeber ist ein Beitrag dazu. Wir haben uns für ein Elterngeld entschieden, das im Rahmen der Verhandlungen gegenüber dem, was die Sozialdemokraten vorgeschlagen hatten, deutlich umstrukturiert wurde. Damit versuchen wir, mit einem großen Problem in Deutschland fertig zu werden: Mit dem Zuwachs des Bildungsabschlusses nimmt die Zahl der Kinder, die in den jeweiligen Haushalten geboren werden, dramatisch ab. Ob dieses Mittel wirkt und ob wir an die Erfahrungen der Skandinavier anknüpfen können, müssen wir beobachten.

Ich finde ohnehin, dass wir in unserer Politik sehr viel stärker darauf schauen müssen, ob die Mittel und Methoden, die wir für notwendig halten, auch wirken. Wir müssen uns immer wieder vergewissern. Wir dürfen nicht Entscheidungen für Jahrhunderte treffen, sondern wir müssen darauf schauen, ob das gewählte Mittel einen Effekt hat oder nicht. Wir müssen darüber hinaus die Fähigkeit besitzen, umzudenken.

Wir haben etwas verankert, was ich mit Blick auf die Bewusstseinsbildung für sehr wichtig halte, nämlich ein Projekt, das sich mit dem Zusammenleben mehrerer Generationen befasst. Liebe Freunde, die Beantwortung der Frage, wie unsere Städte in Zukunft aussehen, und der Frage, ob Menschen einer jeweiligen Generation in Vereinzelung vor sich hin leben oder ob es gelingt – auch wenn die Familien nicht mehr aus vielen Generationen an einem Ort bestehen –, dass Generationen ihre Erfahrungen miteinander austauschen können, wird entscheidend dafür sein, ob unsere Gesellschaft als menschlich wahrgenommen wird oder nicht. Deshalb finde ich es richtig, in der Familienpolitik den Akzent darauf zu setzen. Was Generationengerechtigkeit anbelangt, so ist alles das, was wir zum Rentensystem gesagt haben, ein Beitrag zur Problemlösung.

Vierter Punkt: Wir wollen einen Wechsel zu Zuversicht und Chancen. Liebe Freunde, wir wollen – so haben wir es im Wahlkampf immer wieder gesagt – zu den Gewinnern der Globalisierung gehören. Das entspricht im Augenblick nicht dem Empfinden der Menschen im Lande. Die Menschen haben den Eindruck, dass Globalisierung für sie eine Bedrohung ist; aber sie sehen nicht die Chancen. Wir werden im Bereich der Dienstleistungsrichtlinie noch intensiv darüber diskutieren können. Es gibt im Augenblick eine große Angst,

dass andere zu uns kommen und uns Arbeit wegnehmen. Es gibt ein viel zu geringes Selbstbewusstsein, dass wir auch anderen auf der Welt Arbeit und Dienstleistungen, die dann nachgefragt werden, bringen können.

Ich finde, wir sollten uns das Ziel setzen, bei Wachstum und Beschäftigung in den nächsten zehn Jahren weg von der „roten Laterne“ und hin zu einer Spitzenposition in Europa zu

kommen. Wir gehören unter die ersten drei in Europa, nicht zu den letzten drei. Das muss zumindest unser Anspruch sein, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das heißt: Wir müssen unseren Abwärtstrend stoppen. Wir müssen eine Trendumkehr schaffen. Wir müssen das Gefühl von mehr Sicherheit für den eigenen Arbeitsplatz und von mehr Schutz gegen Risiken bei Krankheit und Alter wieder festigen. Wir leben in einer Welt, die sich im Wandel befindet. Deutschland steht dabei nach meiner festen Überzeugung am Scheideweg.

Deshalb wird es notwendig sein, dass wir neben der Regierungsarbeit das tun, wovon ich und Jürgen Rüttgers schon letztes Jahr auf dem Parteitag in Düsseldorf gesprochen haben: Wir müssen der Welt im Wandel begegnen, indem wir neu darüber diskutieren, was unsere christdemokratischen Werte in dieser gewandelten Welt bedeuten. Deshalb sollten wir – das halte ich gerade in der Phase einer Großen Koalition für sehr wichtig – eine Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm aufnehmen. Für mich hängt die Wahlanalyse, die wir am 5. Dezember vornehmen wollen, unmittelbar mit der Schlussfolgerung aus den Fragen zusammen: Was wollen wir in den nächsten Jahren tun? Was ist unsere Identität? Was bewegt uns? Was sind unsere Werte? Wie wollen wir sie durchsetzen? Was ist sozial gerecht in einer Welt des Wandels? Was heißt generationengerecht? Dieser Diskussion werden und wollen wir uns stellen. Sie wird uns die Kraft und die Möglichkeit geben, in einer sehr pragmatisch ausgerichteten Großen Koalition unsere eigene Identität zu kräftigen.

(Beifall)

Liebe Freunde, der Koalitionsvertrag, der Ihnen heute vorliegt, ist nicht der Abschluss, sondern der Anfang einer Regierungstätigkeit, wenn er Ihre Zustimmung findet. Er ist die Basis für die gemeinsame Arbeit. Er ist sozusagen der Ausgangspunkt für eine gemeinsame Wanderung mit einem Partner, mit dem wir über fast 40 Jahre lang in tiefste Kämpfe verstrickt waren. Das ist nicht einfach, aber die Verhandlungen haben gezeigt, dass es einen Geist der Gemeinsamkeit gibt und dass auch die anderen sich der Verantwortung stellen. Dieser Geist muss erhalten und gepflegt werden. Das kann unter unserer Führung geschehen. Unsere Verantwortung ist, für dieses Land und für die Menschen, die in ihm leben, Verbesserungen beizuführen.

Ich glaube, die Mannschaft, mit der wir antreten – mit Wolfgang Schäuble, mit Franz-Josef Jung, mit Annette Schavan, mit Ursula von der Leyen, mit Thomas de Maizière, mit Horst Seehofer und Michael Glos –, kann sich sehen lassen. Ich sage ausdrücklich: Auch die Mannschaft der anderen zeigt das Bemühen, sich der gemeinsamen Verantwortung zu stellen. Das haben die Verhandlungen gezeigt. Deshalb meine ich, dass wir die Pflicht haben, alles daranzusetzen, dass in dieser Legislaturperiode statt eines Stillstandes, statt eines Zickzackkurses und statt Unbe-

rechenbarkeit Verlässlichkeit und handwerklich ordentliche Arbeit einkehren, damit wieder Vertrauen in die Politik wachsen kann. Ich bin der Überzeugung: Wenn die Union an der Spitze der Verantwortung steht, wird es dem Lande besser gehen. Ich möchte mich dieser Verantwortung stellen, wir sollten uns dieser Verantwortung stellen. Deshalb bitte ich um Ihre Entscheidung. Ich werde dafür kämpfen, dass wir das durchsetzen können. Dies war nicht die letzte Kraftanstrengung, sondern wir werden uns weiter für die Menschen in diesem Lande einsetzen. – Herzlichen Dank.

(Die Delegierten erheben sich – Anhaltender lebhafter Beifall)

**Volker Kauder**, Tagungspräsidium: Liebe Angela Merkel, herzlichen Dank für deinen Bericht! Am Ende dieser Wochen muss man sagen: Die Verhandlungsführung war schwierig, aber du hast die Verhandlungen zum Erfolg geführt. Auch dafür vielen Dank!

(Beifall)

Wir kommen nun zu **TAGESORDNUNGSPUNKT 4:**

**AUSSPRACHE ZUM BERICHT DER VORSITZENDEN,  
BERATUNG UND ENTSCHEIDUNG ÜBER DIE KOALITIONSVEREINBARUNG**

**Jürgen Seidel** hat das Wort.

**Jürgen Seidel:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich vertrete einen kleinen Landesverband, nämlich den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Ich will Ihnen unsere Position in sehr kurzen Worten darstellen.

Wir sitzen hier zusammen, um ein Ergebnis zu bewerten. Das Ergebnis ist, wie es ist. Es resultiert aus Verhandlungen. Ich denke, man darf nicht ohne Erinnerung an die Bewertung herangehen. Es ist das Ergebnis zweier Parteien, die sich im Wahlkampf nichts geschenkt haben. Es war ein schwieriger Wahlkampf, und das schlägt sich natürlich auch in dem Ergebnis nieder.

Erinnern wir uns: Rot-Grün ist abgewählt. Das haben wir soeben beklatscht, wunderbar! Aber Schwarz-Gelb hat auch nicht die Mehrheit bekommen. Die Menschen wollten unser Programm offensichtlich nicht 1 : 1 haben. Wir haben sicherlich auch etwas falsch gemacht; aber darüber werden wir noch zu reden haben.

Zum Inhalt selbst: Ich halte es für wichtig, dass wir zunächst wachstumsfördernde Maßnahmen gewählt haben. Wir hätten uns sicherlich noch mehr gewünscht, keine Frage! Sowohl die Senkung der Lohnzusatzkosten als auch die Mittelstandsförderung werden dazu beitragen, dass günstige Rahmenbedingungen entstehen.

Es muss auch um Haushaltskonsolidierung gehen. Ich höre nun, dass man uns dafür kritisiert, dass letztlich auch bei den Einnahmen etwas mehr kommen soll, als von uns ursprünglich gesagt wurde. Dann müssen wir eben, meine Damen und Herren, klar und deutlich zum Ausdruck bringen, dass das ein Ergebnis des Kassensturzes ist. Es konnte nicht jeder wissen, dass es in der Bundesrepublik Deutschland so dramatisch aussieht, wie es sich in dieser Hinsicht heute darstellt.

Für uns ist besonders wichtig – das werden Sie mir sicherlich abnehmen –, dass eine Reihe von detaillierten Maßnahmen zum Aufbau Ost im Programm enthalten sind. Dabei glaube ich herausheben zu müssen, was für uns besonders wichtig ist: dass wir uns dem ländlichen Raum zuwenden und dass wir uns dem Thema „demographischer Wandel“ zuwenden. Das wird für meine Begriffe die Herausforderung der nächsten Jahre werden. Es gibt entsprechende Festlegungen. Ich glaube, dass noch nicht alle von uns erkannt haben, welche Brisanz letztlich im demographischen Wandel – man könnte auch sagen, in der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland – liegt. Ich halte es für ganz wichtig, dass wir uns diesem Thema zuwenden, und bedanke mich insofern für diesen Punkt.

Es ist nichts so schön, dass man nicht auch etwas kritisieren muss. Wenn ich etwas zu kritisieren habe, dann vielleicht Folgendes, und das hängt ein bisschen mit dem zusammen, was ich noch zum Thema „Symbolpolitik“ ausführen möchte. Dass die Regierung etwas größer wird, passt natürlich auch nicht ganz in die Zeit. Das muss ich hier einmal sagen, und ich will hinzufügen: Heute wird kritisiert, dass dieses oder jenes Symbolpolitik wäre. Da frage ich einfach: Na und? Natürlich ist Politik in vielen Fällen Symbolpolitik. Erinnern wir uns an Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Was haben die denn gemacht? Sie haben erfolgreiche Symbolpolitik gemacht. Sie haben die Menschen mitgenommen und haben tatsächlich auch entsprechende Symbole gewählt.

Nehmen wir nur einmal das Beispiel des Atomausstiegs. Wie ist das jetzt gelaufen? Wir wollten die Restlaufzeiten verlängern. Die Atomindustrie hat geantwortet: Ja, das könnt ihr alles machen, aber auf den Preis wird das keine Auswirkungen haben. – Was wollen Sie dann mit einem Partner verhandeln, der gerade vorher einen Vertrag in die gegenteilige Richtung ausgehandelt hat? Das ist dann so, wie es ist.

Insofern glaube ich nach wie vor, dass wir am Ende, unter dem Strich, ein gutes Programm haben. Wir sollten es als ein Mindestergebnis dessen, was zukünftig notwendig ist, betrachten. Niemand ist daran gehindert, dieses Programm zu überbieten. Dazu können wir alle einen Beitrag leisten, und dazu wünsche ich uns viel Kraft. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium: Bitte, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr.**

**Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:** Frau Bundesvorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß ja, dass es zur Politik immer gehört, sich auch ein Stück weit Absolution zu erteilen. Ich glaube auch, dass sich alle, die an den Verhandlungen teilgenommen haben, bemüht haben. Dennoch meine ich, es gibt auch Kritisches zu sagen, und wir sollten die Kritik an der Koalitionsvereinbarung auch an einem solchen Morgen nicht verschweigen.

Meine Damen und Herren, wir erhöhen die Mehrwertsteuer um drei Punkte. Ich habe durchaus Realitätssinn, und ich halte es möglicherweise auch für notwendig, dass wir sie erhöhen; wenn dann aber gleichzeitig die Arbeitskosten nicht entsprechend sinken, halte ich das bei fünf Millionen Arbeitslosen für einen kardinalen Fehler.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, bei fünf Millionen Arbeitslosen müsste man Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland attraktiver machen! Das tun wir aber nicht, sondern wir geben nur zwei Prozent von den drei Prozent Erhöhung wieder an den Arbeitsmarkt zurück. Das ist für mich zu wenig. Ich habe nicht gehört, dass sich die SPD nachhaltig dagegen gesperrt hätte, es hier zu einer größeren Senkung kommen zu lassen.

Es kann auch nicht sein, dass wir nachher Arbeitsplätze subventionieren, wenn wir vorher die Arbeitskosten erhöht haben. Das ist doch kontraproduktiv, und deswegen habe ich an dieser Stelle Kritik zu üben.

Nun bin ich nicht jemand, der sich hier hinstellt und sagt, es müssten aber die Renten erhöht werden. Das überlasse ich Horst Seehofer, der das möglicherweise gesagt hätte, wenn er nicht Minister geworden wäre. Da habe ich auch Realitätssinn, und ich glaube nicht, dass man Unmögliches verlangen kann, aber ich bin schon der Auffassung, dass wir die Möglichkeiten auch zu strukturellen Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland ausschöpfen müssten.

Ich hoffe, dass wir das bei der Kinderbetreuung getan haben. Ich hoffe das und setze einfach darauf, aber ich bin nicht der Auffassung, dass wir das für den Arbeitsmarkt getan haben. Frau Merkel, ich finde es gut, dass Sie angekündigt haben, dass Sie an Reformprozessen und Reformvorhaben nachhaltig festhalten wollen, und dann hoffe ich, dass es da zumindest noch zu Korrekturen kommt. Die wollte ich hier heute Morgen anmahnen.

Meine Damen und Herren, vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Peter Hans.

**Peter Hans:** Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Zwei Faktoren haben unsere Handlungsspielräume bedingt und begrenzt. Da ist einmal die Situation des Haushalts, und da ist

zum anderen die Schmerzgrenze bei unserem Koalitionspartner. Deshalb stimmt es sicherlich, wenn wir sagen: Die Lösung der Probleme beginnt mit dem Betrachten der Realität.

(Beifall)

Unter diesem Gesichtspunkt ist das, was wir heute als Koalitionsvertrag vorlegen haben, sicherlich ein vertretbarer Kompromiss, und deshalb unterstütze ich ihn.

Allerdings sollten wir hier genauso offen ansprechen, dass gewisse Abläufe, die zu diesem Kompromiss hingeführt haben, sicherlich suboptimal waren. Ich nenne als ersten Punkt die Frage der Haushaltslücke. In der Öffentlichkeit erscheint diese Haushaltslücke nicht als Ergebnis des rot-grünen Desasters, sondern als Ergebnis der Koalitionsverhandlungen. Wenn wir jetzt mit unseren neuen Freunden vorsichtig umgehen müssen – de amicis nihil nisi bene, würde ich da sagen –, wird es umso schwieriger, klarzumachen, wer dafür letzten Endes die Verantwortung trägt.

Natürlich ist auch mir klar: Nach einem Jahr sind die Schulden von Rot-Grün auch unsere Schulden, unsere Haushaltslöcher. Diesmal ist es aber so, dass diese Haushaltslöcher bereits von Anfang an mit uns verbunden werden. Deshalb sind wir schon sehr, sehr früh in der Mit-haftung.

Zweitens möchte ich etwas zur Diskussion um die Mehrwertsteuererhöhung anmerken. Öffentlich kommt herüber – und so kommt es auch an unserer Parteilbasis an –: Die CDU zwingt die SPD zur Erhöhung, und die SPD sorgt mit der Reichensteuer für den sozialen Ausgleich. Also ist die CDU für die Grausamkeiten zuständig, die SPD für die soziale Gerechtigkeit. Ich glaube, wir sollten darauf achten, dass das im weiteren Verlauf nicht die Arbeitsteilung sein wird!

Deshalb habe ich persönlich auch keine Probleme mit der Diskussion über die sogenannte Reichensteuer. Es ist ja gerade über Symbolpolitik gesprochen worden. Ich denke, wir sollten positiv und nach vorn gerichtet kommunizieren, dass in einer solchen Situation auch die Höchstverdienenden im Lande einen besonderen Beitrag leisten müssen. Eliten haben in diesem Land auch eine besondere Verantwortung, und deswegen sollten wir darüber nicht ängstlich unter dem Stichwort „Neidsteuer“ diskutieren, sondern sollten das als Ausweis auch unseres sozialen Bewusstseins nach vorn bringen.

(Teilweise Beifall)

Hermann Hesse hat in seinem berühmten Gedicht „Stufen“ gesagt: „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.“ Die Menschen haben bei uns eher den Eindruck gehabt, jedem Anfang wohnt ein Zaudern inne, insbesondere ein Zauderer. Sie wissen, wen ich meine. Ich glaube aber, ein solcher fehlender Zauber hat auch Vorteile. Die Erwartungen sind nicht übermäßig hoch. Ein solcher Anfangszauber kann auch nicht schnell verfliegen, und vielleicht entdeckt man in diesem Lande



Ja auch, dass Pragmatismus ebenfalls einen gewissen Zauber haben kann. Jenseits dieses Pragmatismus brauchen wir aber eine gesellschaftspolitische Vision. Insbesondere als Partei, die in die Regierungsverantwortung eingebunden ist, brauchen wir nachher ein Leitbild, das Leistungs- und Sozialkultur verbindet, also das, was Alois Glück als solidarische Leistungsgesellschaft bezeichnet. In Parenthese sage ich dazu: Der Union würde manchmal etwas mehr Glück und etwas weniger Stoiber gut tun.

Es ist gesagt worden, dass wir die Diskussion über dieses Leitbild auch im Rahmen der Diskussion über unser Grundsatzprogramm führen werden. Das kann ich ausdrücklich begrüßen. Auch ist gesagt worden, dass wir auf einem Parteitag über die Ursachen des für uns nicht wie erhofft guten Wahlergebnisses diskutieren wollen. Auch das ist zu begrüßen, denn ich glaube, wir haben weder 1998 noch 2002 letztlich über die wirklichen Ursachen unserer Wahlniederlagen diskutiert. Wir sollten das jetzt nicht deshalb unterlassen, weil wir relativ schnell wieder zum Alltagsgeschäft übergehen.

Meine letzte Anmerkung: Bisher sind die Beschlüsse der CDU mit der – von der Ebene her – geringstmöglichen Legitimation gefasst worden. Wir haben das Regierungsprogramm von vier Leuten erarbeiten lassen; dann hat der Bundesvorstand zugestimmt. Jetzt haben wir die Koalitionsvereinbarung, der wir hier auf dem Kleinen Parteitag zustimmen, auf dem ein großer Teil der Delegierten mit dem Bundesvorstand identisch ist. Deshalb möchte ich anregen – das ist ein Beschluss meines eigenen Kreisparteitages vom letzten Wochenende –, dass wir diese Diskussion so basisnah wie möglich führen, also nicht nur auf einem Bundesparteitag, und dass wir zu dem bewährten Instrument der Regionalkonferenzen greifen, um der Basis eine aktive Diskussion zu ermöglichen.

Ich bedanke mich sehr für Ihre Geduld.

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Das Wort hat jetzt Friedbert Pflüger.

**Dr. Friedbert Pflüger:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch aus der Wirtschaft kommen, wie „Spiegel-Online“ berichtet, erste positive Signale zur Großen Koalition. Der Chef des DIW, Zimmermann, hat gesagt, der Koalitionsvertrag bringe Deutschland in wesentlichen Punkten voran; das sei ein guter Beginn eines langen Weges, den Deutschland beschreiten müsse.

Ich glaube in der Tat, dass es Zeit wird, dass diejenigen, die sich immer gut darin finden, trotzig zu proklamieren, dass alles, was wünschbar ist, nicht erreicht worden ist, endlich einsehen, dass es darauf ankommt, den Blick auf das zu richten, was wirklich möglich gewesen ist. Heute hat Berthold Kohler in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geschrieben: Die Menschen haben diese Koalition gewollt; sie entspricht dem Konsens in Deutschland. Das sehen wir jetzt auch an

den Meinungsumfragen, und deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir das Mögliche tun und nicht vom Wünschbaren träumen.

(Beifall)

Mir scheint, wenn man über die Große Koalition nachdenkt, hilft ein Blick in die Geschichte. Natürlich, die Große Koalition von 1966 bis 1969 hat auch Probleme gehabt. Zum Beispiel sind zwischen 1966 und 1969 die Ränder stärker geworden; die APO hat sich gebildet, und die Rechtsradikalen, die NPD, sind in einige Landtage eingezogen. Es gibt aber viele, die sagen, das hatte mit der Großen Koalition weniger zu tun; zum Beispiel hätte es die Studentenrevolte sowieso gegeben, die hat es ja in der ganzen Welt gegeben. Auch gibt es den Einwand, die Große Koalition habe letztlich dazu geführt, dass wir 1969 die Regierung verloren haben. Solche Einwände mögen gewichtet werden.

Es gibt aber auch die andere Seite der Medaille, dass nämlich die Große Koalition von 1966 bis 1969 in diesem Land sehr viel vorangebracht hat und eine krisenhafte Zuspitzung der wirtschaftspolitischen Situation 1966 sehr bald beseitigt hat. Konzertierte Aktion, Stabilitätsgesetz, Länderfinanzausgleich, es gibt eine ganze Reihe von ganz konkreten Punkten, an denen die Große Koalition von 1966 bis 1969 erfolgreich gewesen ist.

Der Bonner Historiker Klaus Hildebrand schreibt über die Große Koalition von damals – und vieles erinnert doch an heute – Folgendes: Es steht fest, dass sich viele der so eilig abgegebenen, missgünstig getönten, aufgeregt klingenden und sensationell aufgemachten Urteile über die Große Koalition von 1966 bis 1969 schon bald als Legenden entpuppten. Ferner schreibt er: Die Große Koalition hatte in einem Maß Erfolg, wie er nur wenigen so kurz amtierenden Regierungen beschieden war.

Wenn wir an dieses Thema „Große Koalition“ herangehen, dürfen wir das also nicht nur so tun, dass wir sagen: Es ist ein notwendiges Übel. Dann wird das kein Erfolg werden! Wir haben etwas anderes gewollt, ohne jede Frage, aber jetzt müssen wir darüber hinausgehen, in dieser Großen Koalition nur eine Koalition von Rivalen zu sehen. Wir müssen anfangen, Partner zu werden, und da darf man auch nicht jeden Tag danach schießen, wer diesen oder jenen kleinen taktischen Vorteil hat oder wer in dieser Woche in den Meinungsumfragen besser dasteht, sondern die Regierung wird entweder als Ganzes Erfolg haben, oder sie wird als Ganzes scheitern. Ich möchte, dass sie als Ganzes Erfolg hat, denn wir stellen die Kanzlerin in dieser Großen Koalition!

(Beifall)

Die Große Koalition ist nicht nur ein Zweckbündnis von Rivalen, sondern eine konzertierte Aktion zum Umbau Deutschlands wieder zu einem wettbewerbsfähigen Land, in dem Wachstum und Wohlstand und Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist die Aufgabe, und das müssen wir in den nächsten Tagen und Wochen vermitteln. Ich finde, wir könnten bei all dem, was wir an

Kompromissen machen müssen, etwas mehr Stolz und Freude darüber zeigen, dass wir jetzt wieder regieren und mitgestalten können und dass wir die erste Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland stellen, dass wir wieder im Kanzleramt sind und die Geschicke dieses Landes mitbestimmen können. Etwas mehr Stolz und etwas mehr Freude, dann kann es auch gelingen, dieses Land wirklich nach vorn zu bringen!

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Als Nächster spricht Philipp Mißfelder.

**Philipp Mißfelder:** Frau Bundesvorsitzende! Meine Damen und Herren! Viele von uns, die hier stellvertretend für die Partei sitzen und die auch gestern bereits in der Fraktion abgestimmt haben, haben dabei sehr große Bauchschmerzen. Nach der Lektüre des Textes am Freitagabend und am Samstag ist uns noch einmal schmerzlich vor Augen geführt worden, was alles wir eigentlich hätten machen können, hätte es unser Wunschziel Schwarz-Gelb denn tatsächlich gegeben. Aber es ist eben anders gekommen, und wir als Junge Union haben uns ja bisher als einzige – ich hoffe, dass sich noch einige anschließen werden, auch der Bundesvorstand der CDU – mit den Ursachen des Wahlergebnisses beschäftigt.

Aber ich halte nichts davon, jetzt in einer Situation, in der wir dieses Vertragswerk nun vorliegen haben, alles schlechtzureden und so zu tun, als hätten wir gar nichts erreicht. Ich bin nämlich der Meinung, dass die Ursachen des Unmuts in keiner Weise in diesem Vertragstext liegen, sondern ausdrücklich die Enttäuschung über das Wahlergebnis widerspiegeln, das die Bürgerinnen und Bürger uns beschert haben.

Deswegen sind wir gut beraten, den Auftrag, wie Frau Merkel es gesagt hat, auch anzunehmen. Wir sind gezwungen, den staatspolitischen Auftrag zu erfüllen, selbst wenn bei uns in der Jungen Union großer Unmut über das herrscht, was wir leider nicht durchsetzen können.

In anderen Punkten sind wir weiter gekommen, als man jemals für möglich gehalten hätte. Hätte ich im Wahlkampf meinem Gegenkandidaten in Recklinghausen gesagt, er würde in Kürze im Deutschen Bundestag für eine Lockerung des Kündigungsschutzes sprechen, hätte er – ebenso wie Franz Müntefering und andere – mich, glaube ich, für verrückt erklärt. Deswegen müssen wir versuchen, den Spielraum, den es jetzt gibt, den Spielraum, den diese Koalitionsvereinbarung uns lässt, und zwar nachher auch der Kanzlerin und jedem einzelnen Minister, wirklich auch zu nutzen.

Wenn ich das auf die Bundesregierung beziehe, möchte ich es ausdrücklich auch auf alle anderen Akteure beziehen, auf den Bundesvorstand der CDU, auf die Bundestagsfraktion, wo auch einige Jüngere mitwirken können, wie auch ausdrücklich auf alle Ministerpräsidenten. Denn darauf kommt es letztlich an: Wenn wir den Druck über den Bundesrat aufrechterhalten können, auch in Kombination mit den Eckdaten, die sich im nächsten Jahr ergeben werden, wird es möglich sein,

die Sozialdemokraten auch in den wichtigen Zukunftsfragen der Pflegeversicherung und der Krankenversicherung noch zu mutigeren Schritten zu bringen, als sich das momentan abzeichnet.

Da sind wir alle gefordert, und deswegen stimme ich mit großen Bauchschmerzen diesem Ergebnis zu. Trotzdem glaube ich, dass wir die Chance nutzen sollten, im nächsten Jahr noch mehr zu erreichen, als heute hier vorliegt. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Dieter Althaus.

**Dieter Althaus:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, das Ergebnis, das wir am Wahlabend gemeinsam erlebt haben, hat auch etwas mit der mentalen Verfassung unseres Landes zu tun. Es gibt keine Mehrheit für einen klaren Politikwechsel. Es gibt diese Mehrheit auch deshalb nicht, weil in den letzten Jahren in Deutschland systematisch Neid entwickelt und kultiviert worden ist: Neid zwischen Jung und Alt, Neid zwischen Ost und West, Neid zwischen sogenannten Reichen und Armen. Immer dann, wenn Neid in einer Gesellschaft, die auf Zukunft setzt, Platz greift, spüren wir, spüre ich auch, dass es nicht dazu kommt, dass man sich unterhakt und die Probleme, die anstehen, löst; vielmehr führt das dann zu Geiz und dazu, dass die Verteilungsdebatten noch viel stärker und existenzieller geführt werden. Deshalb gab es keinen Wechsel in Deutschland.

Das aber, was wir jetzt in der Hand haben, ist der Schlüssel dazu, in diesem Land wieder für etwas mehr Vertrauen in und durch die Politik zu sorgen. Dabei hätten die geistigen Eliten in diesem Land eine ganz wichtige Aufgabe: Sie müssten diesen Neuanfang der Politik unterstützen, damit dieses Land die Kraft, die in ihm steckt, auch wieder deutlich nutzen kann.

(Beifall)

Wenn man in diesen Tagen die Schlagzellen sieht, so liest man zum Beispiel von namhaften Unionsmitgliedern: Euphorie kommt nicht auf. Ja, glaubt denn einer hier im Saal, Euphorie wäre aufgekommen, wenn wir eins zu eins unserem Wahlprogramm gefolgt wären? Wir hätten in diesem Land heftige Debatten gehabt! Schon im Wahlkampf haben wir sie gehabt, und wir hätten diese Debatten auch bei der Umsetzung unseres Programms gehabt. Denn es ist in Deutschland in den letzten Jahren etwas verlorengegangen, was die Union immer stark gemacht hat: dass man immer miteinander Politik gestaltet. Ich erinnere an 1989/90. In der letzten Woche war es 16 Jahre her, dass die Mauer gefallen ist. Damals hat man nicht nur die Probleme im Osten benannt, sondern wir als Union haben vor allem Wert darauf gelegt, zu sagen: Wir werden diese Probleme gemeinsam lösen, und wir werden es auch schaffen, blühende Landschaften zu erreichen. Wenn man heute durch die neuen Länder fährt, sieht man genau diese blühenden Landschaften, weil die Menschen mitgenommen worden sind, weil die Politik vorangegangen ist und Perspektiven aufgezeigt hat. Ich glaube, jetzt stehen wir an einer durchaus ähnlichen

Stelle. Europa bei seinem Zusammenwachsen und Deutschland, das auch immer noch zusammenwächst, haben erhebliche und substanzielle Probleme zu lösen.

Was ist nun mit dem Koalitionsvertrag gelungen? Ich nenne zwei Dinge. Zum ersten ist deutlich gesagt worden – das kann man schon in der Präambel nachlesen –, in welcher Situation sich Deutschland befindet. Es ist nicht mehr darum herum geredet worden, sondern die Finanzsituation, die Bürokraiesituation, die Situation unserer sozialen Sicherungssysteme, die Situation der Familien und die demographische Situation, das alles ist klar und in deutlichen Worten ausgedrückt worden – eine wichtige Voraussetzung, um Probleme zu lösen.

Zweitens sind für die wichtigsten Problemfelder Lösungen anvisiert. Nicht alles sind schon Lösungen, die uns befriedigen, und sicherlich sind auch nicht alle Lösungen, die schon von vornherein ein gutes Ergebnis garantieren, aber eines ist schon am Anfang unserer Regierungszeit gelungen: Eine klare Analyse wird zum Ausgangspunkt klarer und unmissverständlicher Politik. Es wäre sehr wichtig, dass alle, auch diejenigen, die die Wirtschaft in diesem Land repräsentieren, nicht schlecht redeten oder mäkelten, sondern die Chancen nutzten, die in diesem Neuanfang stecken. Sie sollten unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und damit auch diese Regierung unterstützen, und die gleiche Aufforderung gilt für uns als Ministerpräsidenten, denn wenn Deutschland vorankommt, bekommen auch die Länder wieder Rückenwind bei ihrer Entwicklung. Ich bin MIT-Mitglied und werde als solches diesem Vertrag zustimmen, und ich bin auch Ministerpräsident und werde in dieser Funktion dem Vertrag ebenfalls zustimmen, weil ich glaube, wir brauchen einen neuen Anfang.

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Jetzt Hartmut Schauerte, bitte.

**Hartmut Schauerte:** Frau Vorsitzende! Meine lieben Freunde! Das Wahlergebnis ist Fakt, und dieser Vertrag ist eigentlich das politisch umgesetzte Wahlergebnis. Wer sich nun hinstellt und sagt, es sei schlecht ausgehandelt, der hätte ja kluge Vorschläge machen können und hätte auch sagen können, wo er sich denn durchgesetzt hätte. Es gehören zwei Partner dazu! Zu sagen, es sei nicht ordentlich verhandelt worden, heißt ja im Prinzip, dass unseren Verhandlungsführern nicht wirklich zugetraut wird, dass sie das Beste, was drin war, herausgeholt haben. Ich sehe für ein solches Misstrauen keine Veranlassung.

(Vereinzel Beifall)

Es ist versucht worden, das Optimum zu erreichen – mit dieser SPD, so wie sie ist. Mehr war wohl nicht drin.

Es ist eine ganze Menge, die da drin ist, auch für den Mittelstand. Mittelstandspolitik reduziert sich nicht auf drei oder vier oder fünf Punkte, die wir immer wieder nach vorn geholt haben,

perpetuierend, wie man in der Politik so schön sagt, sondern der Mittelstand ist eine Gesamtaufgabe. Ich habe das Programm einmal durchforstet und komme leicht auf etwa 50 Punkte, von denen ich eindeutig sagen kann: gut für den Mittelstand, besser als das, was wir hatten. Die Richtung stimmt, die Sache stimmt – in mehr als 50 Punkten! Das bitte ich einfach zu beachten. Wenn wir das alles abgearbeitet haben, haben wir sehr wahrscheinlich schon mehr geleistet, als wir in manchen anderen Wunschkoalitionen jemals leisten könnten. Also bitte etwas genauer hingucken! Allen Kritikern empfehle ich sowieso, das Programm gründlich zu lesen;

(Beifall)

es lohnt sich, es auch zweimal zu lesen und sich nicht an dem einen oder anderen Fixpunkt festzubinden, denn das bringt es nicht. – Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt: In welcher Situation befinden wir uns? Es gab elf Jahre der Kritik. Elf Jahre lang, von 1994 an, haben wir eigentlich unzufrieden mit dieser Politik gelebt. Die Unzufriedenheit wuchs immer mehr. Jetzt sind wir in der Situation, ein Stück ändern zu können, zwar nicht zu idealen Bedingungen, aber eben doch ein Stück zu ändern. Sollen wir denn den Leuten draußen sagen, wir wollten jetzt für weitere vier Jahre in Kritik leben, in Defätismus leben, keinen Optimismus zeigen? Sollen wir die nächsten Bilanzen wieder negativ schreiben, sollen wir wieder 100 000 Menschen in die Arbeitslosigkeit schicken? Nein, wir sind verpflichtet, mit diesem Anfang ein Stück Optimismus herüberzubringen, und da muss die Wirtschaft mitmachen, denn sie weiß doch sehr genau, dass es anders gar nicht geht.

Ich sehe das alles mehr wie einen Vertrag in der Wirtschaft. Stellen Sie sich vor, Sie machen ein Joint-Venture mit einem Partner, der Ihnen nicht hundertprozentig gefällt. Aber Sie haben mit ihm nun einen Vertrag gemacht. Dann müssen Sie von diesem Moment an versuchen, dass dieses Joint-Venture erfolgreich wird. Wenn Sie dann anfangen, Ihren Kunden zu sagen, eigentlich bin ich mit meinem Partner gar nicht zufrieden, das Programm ist nicht in Ordnung, die Finanzierung steht nicht, und wir sollten es lieber gleich sein lassen, dann werden Sie für dieses neue Joint-Venture keinen einzigen Auftrag kriegen. Genauso ist es hier auch: Wenn wir jetzt herausgehen und sagen, ich habe hier ein Bedenken und da ein Bedenken, dann werden wir keine neue Aufbruchstimmung bekommen. Dieses Land braucht aber Aufbruchstimmung, und wir sind mit dafür verantwortlich, dass dieser Aufbruch klappt. Dazu lade ich uns alle ein.

(Beifall)

Ich finde es unfair, wenn gesagt wird: Der Preis für das Kanzleramt war zu hoch. Ich weiß nicht, ob wir die betrieblichen Bündnisse für Arbeit bekommen hätten, wenn wir gesagt hätten, dass wir nicht den Kanzler stellen wollen. Dann hätten wir sie auch nicht gekriegt! Insofern ist diese Annahme eigentlich unfair. Wir sollten sie aus unseren Köpfen entfernen; da gehört sie nicht

hin. Wir sind froh, dass wir nun die Kanzlerin stellen, und die Bewährungsprobe für diesen Vertrag werden wir in der Frage leisten müssen, wie wir ihn konkret umsetzen. Am Ende werden in diesem Land die besseren Vorschläge regieren. Wir werden auch mehr tun, als in diesem Vertrag steht; das ist doch klar, denn wir werden ja hoffentlich klüger werden.

Es gibt bei den Sozialdemokraten eine Hoffnung, dass sich das bessert: Die haben nämlich wie der Teufel vor dem Weihwasser Angst davor, sich zu einem Zeitpunkt wieder den Wählern stellen zu müssen, zu dem die Dinge in Deutschland noch nicht besser geworden sind. Deren Freunde haben schon vier Beine und zwei Köpfe, die auf dieses Ergebnis warten; die heißen Gysi und Lafontaine. Also haben die Sozialdemokraten eine höllische Angst davor, dass es zu Neuwahlen kommt, solange die Dinge in Deutschland nicht besser geworden sind. Deswegen werden die Sozialdemokraten an der Verbesserung der Lage mitwirken, selbst wenn sie es nicht aus Überzeugung tun. Wir werden die intelligenten Elemente zeigen und werden mit diesen Elementen den Erfolg für unsere Volkswirtschaft vergrößern helfen. Darum geht es.

Zum Schluss: Es ist natürlich schwierig, einen solchen Paradigmenwechsel zu gestalten, wie wir ihn gerade miteinander vollziehen müssen. Meine Empfehlung in diesem Zusammenhang ist: programmatisch und ideologisch abrüsten, pragmatisch und praktisch aufrüsten. Wenn wir das schaffen, kann diese Koalition ein guter Erfolg werden. Daran sind wir interessiert, darauf sind wir verpflichtet, und das schulden wir den Menschen, die das alles nicht beeinflussen können. Wir können es beeinflussen, und deswegen müssen wir es machen. Ich meine, wir können einen guten Start hinlegen. – Danke schön.

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Nun spricht Josef Schlarmann.

**Josef Schlarmann:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst ein Kompliment an die Regie: Es ist sicherlich geschickt, den Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung ans Pult zu bitten, nachdem der PKM-Vorsitzende gesprochen hat. Damit gar keine Missverständnisse entstehen: Wir sind ein Team, wir sind ein Tandem, und das, was Herr Schauerte hier erklärt hat, entspricht vollständig meiner Überzeugung. Ich glaube, wenn ich gesprochen habe, wird auch der Konsens mit Herrn Schauerte hergestellt sein, und insofern gehen Sie bitte von einem Tandem aus, nicht von einem Konflikt.

Frau Merkel, Sie haben völlig richtig betont: Diese Koalition wird nach vier Jahren daran gemessen werden, ob es gelingt, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, oder nicht. Wir verlieren heute 1 200 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze pro Tag. Das wird die entscheidende und zentrale Frage sein.

Wer kann nun diese Arbeitsplätze schaffen? Wir sind uns sicher einig, dass das nicht die Politik sein wird, und es wird auch nicht der Staat sein. Das können nur die Unternehmen! Ich will nicht

von „der Wirtschaft“ sprechen. Das ist so, wie wenn ich vom Wald sprechen würde. Der Wald besteht aus Bäumen, und die Wirtschaft besteht aus Unternehmen. Die Wirtschaft als solche gibt es nicht; es gibt nur Unternehmen.

Wer schafft denn heute Arbeitsplätze, und wer baut Arbeitsplätze ab? Die großen international tätigen Unternehmen entlassen Arbeitnehmer. Die einzigen, die da noch für neue Arbeitsplätze in Frage kommen, sind die mittelständischen Unternehmen, bei denen heute schon 70 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigt sind.

Das ist der Angelpunkt: ob es mit diesem Koalitionsvertrag gelingt, mittelständische Unternehmen in Deutschland zu veranlassen, Arbeitsplätze zu schaffen. Dann ist es, so finde ich, auch legitim, aus der Sicht des mittelständischen Unternehmens oder Unternehmers zu fragen: Was bringt mir denn dieser Koalitionsvertrag? Ich sage ganz deutlich, die Politik muss es sich gefallen lassen, dass sie an den Maßstäben gemessen wird, die sie sich selber in den Verträgen setzt. Wenn sie im Koalitionsvertrag sagt, wir wollen mehr Arbeitsplätze schaffen, und wenn sie dafür einen Dreiklang von Maßnahmen definiert, nämlich Sanieren, Reformieren und Investieren, und dazu ein Bündel von Maßnahmen vorschlägt, dann ist es legitim, im Blick auf diesen Koalitionsvertrag zu fragen, ob das, was dort vorgesehen ist, Arbeitsplätze schaffen kann oder nicht, und zwar aus der Sicht des Unternehmers, nicht aus der Sicht des Politikers; das ist auf dem Markt der Arbeitsplätze dann nämlich letztlich nicht entscheidend.

Da möchte ich an das anknüpfen, was Herr Schauerte gesagt hat. Wir sind Ihnen sehr dankbar, dass sehr viele Positionen, die wir im Mittelstand seit Jahren vertreten, in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden sind. Daran gibt es keinen Zweifel. Ich danke insbesondere Herrn Schauerte für die erfolgreiche Verhandlungsführung in seinem Arbeitsteam.

Ich bin Ihnen vor allem dafür dankbar, Frau Merkel, dass Sie den Bürokratleabbau zur Chefsache gemacht haben. Das scheint mir der wichtigste Punkt im Bereich der Mittelstandspolitik zu sein. Dort werden wir wahrscheinlich am meisten erreichen können.

Nichtsdestotrotz muss ausgesprochen werden, dass der Koalitionsvertrag an zwei entscheidenden Webfehlern leidet. Darüber haben wir schon im Vorstand gesprochen.

Der erste Webfehler ist, dass die Sanierung der Haushalte nicht in erster Linie über die Ausgabenseite, sondern über die Einnahmeseite angegangen wird.

(Zuruf)

– Wir können später rechnen. Das ist unsere Interpretation. Aus der Sicht der mittelständischen Unternehmen sieht die Rechnung vielleicht etwas anders aus.

Das ist ein zentrales Problem. Es gibt keine Volkswirtschaft, in der bei Erhöhung der Abgabenquote und der Staatsquote mehr Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Diese Weichenstellung



ist an den Anfang gesetzt worden. Sie lässt sich jetzt nicht mehr rückgängig machen. Das wird zu einer Belastung der Koalition führen.

Der zweite Webfehler betrifft das Thema „Reformen“. Wenn Sie das Regierungsprogramm zur Hand nehmen, werden Sie feststellen, dass die eigentlichen Wachstumsimpulse durch die grundlegende Reform des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme sowie durch eine rasche Unternehmenssteuerreform geschaffen werden sollten. Dort sollten die Wachstumstreiber gesetzt werden. Wenn ich nur diesen Maßstab an den Koalitionsvertrag anlege, dann fehlen die Treiber für Wachstum und Beschäftigung.

Ich habe zur Kenntnis genommen – ich will es nicht in Zweifel ziehen –, dass der Vertrag den Einstieg in eine lebendige Gemeinschaft markiert und an vielen Stellen nachbesserungsfähig ist. Das wird Aufgabe des Koalitionsausschusses sein.

Ihren Appell, der Koalition eine Chance zu geben, will ich aufnehmen und positiv begleiten. Es wäre töricht und vermessen, der neuen Regierung diese Chance abzusprechen.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir sind nicht gegen die Koalition. Wir sehen dazu keine Alternative. Wir wollen auch, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin wird, und zwar eine sehr erfolgreiche Bundeskanzlerin. Dies wollen wir mit ihr gemeinsam erreichen. Aber es hat keinen Sinn, nicht an die Schwächen des Vertrages zu erinnern und darüber hinwegzusehen. Denn die Erkenntnis seiner Schwächen ist die erste Voraussetzung für Nachbesserungen. In diesem Sinne machen wir Mittelständler der Regierung das Angebot, die großen Probleme in Deutschland gemeinsam zu lösen. – Vielen Dank.

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Nun hat Alexander von Bismarck das Wort.

**Alexander von Bismarck:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dr. Merkel, Ehrfurcht und Respekt vor der Arbeit der letzten Wochen, vor allen Dingen davor, wie Sie gekämpft haben – so wie wir in der Familie tagtäglich vor unseren Frauen Respekt haben, die unser Geld zusammenhalten und es nicht für etwas ausgeben, was wir manchmal gerne hätten. Darüber freuen wir uns. Ich glaube, das darf man sagen.

Nur, als einer der wenigen Redner, die dem Vertrag wahrscheinlich nicht zustimmen können, möchte ich zwei Dinge sagen:

Mein Vorredner hat aus der Sicht des Mittelstandes Stellung genommen. Als selbstständiger Unternehmer habe ich in den letzten Wochen mit meinen Arbeitnehmern und mit verschiedenen Unternehmern diskutiert. Dabei kam die grundsätzliche Frage auf: Ist es wichtig für Deutschland, dass die beiden großen Volksparteien eine gemeinsame Anstrengung unternehmen, oder muss man die Frage eventuell wieder zurückgeben, an wen auch immer? Nach sehr langer und reiflicher Überlegung komme ich als Vater von vier Kindern zu dem Schluss: Sie ge-

ben meinen Kindern 10 Milliarden Neuverschuldung in das nächste Jahr mit. Wir haben Im Wahlkampf massiv dafür gestritten, nicht mehr Politik auf Kosten unserer Kinder zu machen. Ich muss Ihnen sagen: Aus grundsätzlichen Erwägungen kann ich mich nicht daran beteiligen, dass meinen Kindern noch mehr Schulden hinterlassen werden.

Sie fordern die Gemeinderäte auf, auf eine Neuverschuldung zu verzichten und ihre Haushalte in den Griff zu bekommen, statt immer neue Wünsche zu formulieren. In Stendal, in meinem kleinen Dorf Döbbelin in Insel nehmen wir keine neuen Schulden mehr auf. Ich erwarte, dass das nicht nur für diejenigen gilt, die an der Basis ehrenamtlich Politik betreiben, sondern auch für die bezahlte Politik.

Ich meine, dass die Menschen draußen im Lande eine andere Sprache sprechen als die Politiker in unseren Parlamenten. Wir müssen sehr aufpassen, dass die Sprache, der wir Politiker uns bedienen, nicht an den Menschen vorbeigeht. Sie alle haben mit Menschen in Ihren Wahlkreisen gesprochen.

Ich kann nicht von Euphorie reden, wenn man hier etwas verabschiedet, was zu einer Belastung führt und was uns in den nächsten vier Jahren um die Ohren geschlagen wird. Ich hätte erwartet, dass wir, statt über Steuererhöhungen zu diskutieren, den „großen Wurf“ in Form von Steuerreformen machen. Auf diese Weise würden wir den Menschen mehr Geld in die Hand geben, damit sie konsumieren. Meine Mitarbeiter sagen mir tagtäglich: „Wir versuchen das Geld nicht auszugeben. Wir legen es für spätere Zeiten an, auch wenn wir keinen guten Sparzins bekommen; denn die Politik ist nicht kalkulierbar.“

Frau Dr. Merkel, die Menschen im Lande erwarten, dass Sie an einem Neuanfang für Deutschland sagen: Wir Politiker gehen mit gutem Beispiel voran und verzichten auf 10 Prozent unserer Diäten, und wir werden auch über unsere Altersvorsorge nachdenken. – Nichts anderes verlangen Sie den Menschen draußen ab. Ich bin der Meinung – vorhin war von Symbolkraft die Rede –, dies wäre ein symbolisches Angebot an die Menschen, sie in den vor uns liegenden vier Jahren mitzunehmen. Ich fordere nicht dazu auf, Nachbesserungen vorzunehmen. Dazu besteht keine Chance; wir können nur Ja oder Nein sagen.

Aus grundsätzlichen Erwägungen werde ich dem Vertrag heute nicht zustimmen. Diesen Schritt wollte ich begründen.

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Roland Koch, bitte.

**Roland Koch:** Frau Bundesvorsitzende! Liebe Freunde! Ich erinnere mich noch daran, dass mir in diesem Hause am Abend der Bundestagswahl einer der möglicherweise nicht wenigen wohlmeinenden Betrachter der Szene gesagt hat: „Wenn man sich das Ergebnis ansieht, kann man euch doch nur dazu raten, euch in die Büsche zu schlagen und zu schauen, was die anderen treiben. Dann könnt Ihr abräumen.“ – Ich gebe zu: In den Wochen, in denen ich mich an den

Gesprächen beteiligt habe, gab es immer wieder Situationen, in denen nicht nur ich mir, sondern sicherlich auch viele andere sich die Frage gestellt haben: Ist das vertretbar oder muss man nicht eigentlich Nein sagen? Macht euren Kram alleine und schaut, wie weit ihr mit dem geschäftsführenden Bundeskanzler Schröder kommt! Wir werden sehen, ob sich die Linken zusammenschließen und was die Grünen tun. Wenn das Chaos groß genug ist, kommen wir wieder.

Wir haben uns anders entschieden – zu Recht, wie ich meine. Wir müssen uns immer wieder klar machen, dass wir nicht gewählt worden sind, um eine taktische Entscheidung zu treffen. Das hat damit zu tun, warum wir Politik machen.

Ich habe mit die Aufgabe übernommen, mit den Kollegen von den Sozialdemokraten und mit vielen anderen über die Finanzpolitik und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft zu sprechen. Wenn Sie sich den Haushalt ansehen, haben Sie Grund genug, davonzulaufen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß heute, warum die Sozialdemokraten durchaus mit einem lachenden Auge dafür waren, ein Jahr früher zu wählen. Sie waren im Sommer theoretisch noch in der Lage, einen Haushalt vorzulegen, der mit 33 Milliarden Euro an Einmalerlösen das gesamte Vermögen des Bundes auf einmal verschlungen hätte. Im Jahre 2007 hätte der Haushalt dann ein strukturelles Minus von 59 Milliarden Euro aufgewiesen, ohne dass auch nur ein Cent Vermögen hätte eingesetzt werden können. Im Klartext: Im Sommer nächsten Jahres hätte es keine schlüssige Begründung für einen Staatshaushalt in der Bundesrepublik Deutschland mehr gegeben, und das wollten sie vor einer Wahl nicht.

Ich glaube, es hat keinen Sinn, dass wir, die CDU, nicht sagen, wo wir angefangen haben, und nicht sagen, dass der Haushalt 2006 nicht die Eröffnungsbilanz von CDU/CSU und SPD, sondern die Schlussbilanz von Rot-Grün ist, bei der wir anfangen müssen, aufzuräumen.

(Beifall)

- Das ist der Teil der Rede, bei dem Sie lieber klatschen; denn er bezieht sich noch auf die Art und Weise, in der wir gewohnt waren zu argumentieren.

(Heiterkeit und Zurufe)

Nun ist die Frage, was wir tun sollen. Es gibt eine Konsequenz, um die sich niemand reißt. Jetzt spreche ich die Kolleginnen und Kollegen aus der Mittelstandsvereinigung an: Manchmal kommt es vor, dass das eigene Unternehmen oder das Unternehmen eines Nachbarn oder Freundes in eine Krise gerät. Im übertragenen Sinne ist die Bundesrepublik Deutschland derzeit ein Unternehmen, das sich in einer sehr schweren Krise befindet. Als Unternehmer muss man gelegentlich die Entscheidung treffen, für eine Sekunde alles fahren zu lassen. Es gehört zur Eröffnungsbilanz, dass der Haushalt 2006 nicht zu retten ist. Aber es muss sichergestellt sein, dass wir Christlichen Demokraten, wie Angela Merkel es gesagt hat, in der Zeit, in der wir einer Regierung die Hand reichen, garantieren, dass wir zu den Prinzipien einer soliden Haus-

haltsführung zurückkehren. Der Haushalt des Jahres 2007 wird in seiner Gesamtbilanz nur noch halb so viele Verschuldungsrisiken haben wie der des Jahres 2006. Für den Haushalt des Jahres 2008 und den Haushalt des Jahres 2009, den diese Regierung noch verantworten wird, gibt es einen sehr soliden Plan, der besagt, dass wir pro Jahr weniger als ein Drittel der Schulden haben, die uns in der Eröffnungsbilanz übertragen worden sind, und dass wir in jedem Jahr mit einem Sicherheitsabstand von einigen Milliarden Euro wieder verfassungsgemäße Haushalte schaffen.

Davor will ich nicht davonlaufen, meine Damen und Herren. Ich meine vielmehr, dass es Sinn hat, daran mitzuwirken, dieses Ziel zu erreichen. Ohne uns ginge es nicht. Sonst würden wir nicht das Ergebnis vorfinden, das uns heute vorliegt.

(Beifall)

Dazu gehört, dass wir in schwieriger Situation versuchen müssen, die Wirtschaft zu beeinflussen. Wir hatten ein anderes Programm. Ich bin der Meinung – die Vertreter des Mittelstandes haben es gesagt –, dass das Arbeitsrecht zentrale Bedeutung für die künftige wirtschaftliche Entwicklung hat. Wir sind nun einmal Gegenspieler der Sozialdemokraten. Wir sind keine gemeinsame Firma, die sich ein bisschen auseinander entwickelt hat, um zu diversifizieren. Wir haben völlig unterschiedliche Standpunkte. Nach meinem Gefühl besteht das größte Risiko darin, dass die Mitte zwischen uns beiden so weit von beiden Partelen entfernt ist, dass keine innere Freude über einen solchen Kompromiss aufkommt.

Bedeutet das, dass keine Chance auf einen wirtschaftlichen Aufschwung besteht, oder gibt es eine Strategie, mit der wir beginnen können? Ich empfehle uns, über eine solche Strategie zu reden. Sie entspricht nicht meinem Ideal, aber welcher Unternehmer, der in einer Krise ist, findet schon die Ideallinie? Wenn es leicht wäre, sie zu finden, stellt sich die Frage, warum das Unternehmen bisher nicht auf dieser Linie gefahren ist. Es ist objektiv schwierig.

Deshalb haben wir gesagt: Lasst uns die aufwachsende Konjunktur nicht kaputt machen, indem wir sofort steuerliche Maßnahmen ergreifen! Lasst uns die Mehrwertsteuererhöhung, die leider Gottes unvermeidlich ist, weil Ausgaben und Einnahmen nicht anders in Übereinstimmung zu bringen sind, wenn man gleichzeitig die Lohnnebenkosten senken will, erst zum 1. Januar 2007 beschließen! Lasst uns offen darüber reden, dass es dadurch eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung beim Konsum gibt, die uns helfen wird! Lasst uns darüber reden, dass diese Entwicklung, wenn sie im Jahr 2007 rückläufig ist, durch anderes ersetzt werden muss! Deshalb lasst uns über eine beschränkte degressive Abschreibung reden, nicht für alle Zukunft, sondern nur dann, wenn die Unternehmen in den Jahren 2006 und 2007 investieren, um Schwierigkeiten, die bei der Abfederung der Binnenkonjunktur auftreten mögen, durch einen Aufwuchs an anderer Stelle, bei Investitionsgütern, zu kompensieren!

Machen wir den Unternehmen erstmals konkrete Hoffnungen auf eine rechtsformneutrale Unternehmensbesteuerung, die wir – seien wir doch offen – in wenigen Wochen auf einem Bundesparteitag der CDU nicht einfach hinkommen hätten! Mit dem, was die Stiftung Marktwirtschaft vorschlägt, und mit dem, was der Sachverständigenrat in wenigen Wochen vorlegen wird, besteht das erste Mal in der Geschichte die faire Chance, dieses Ziel bis zum Jahre 2008 zu erreichen. Mit der Einigung über einen Zuschlag auf die Steuer für besonders gut Verdienende haben wir einen Druckpunkt dahintergesetzt, den die Sozialdemokraten sehr wohl kennen. Wir müssen zum 1. Januar 2008 eine rechtsformneutrale Unternehmensbesteuerung in Deutschland hinkommen. Wir haben in der CDU/CSU gemeinsam mit der SPD das erste Mal Ansatzpunkte für Formulierungen gefunden. Wir wollen auf der Basis der Vorschläge der Stiftung Marktwirtschaft mit den Gemeinden darüber reden, ob es möglich ist, eine Gemeindesteuer mit in das Konzept hineinzubringen.

Das heißt: Wir reden über die Binnenkonjunktur, über die Anregung der Investitionstätigkeit in Deutschland. Wir geben den Unternehmen eine Perspektive, indem wir Ihnen sagen: Wir werden euch in Zukunft fairer besteuern, als es bisher der Fall war. Ich denke an die mittelständischen Unternehmen, an die Familienunternehmen, an diejenigen, die bisher benachteiligt worden sind. Wir gehen nicht à la Jobgipfel 3 oder gar 6 Prozent bei der Körperschaftsteuer herunter und lassen die Unternehmen, die persönlich geführt werden und deren Eigentümer haften, im Regen stehen, sondern wir sagen: Dann bleibt es im Augenblick so, wie es ist. Wir haben die Mittel für eine vernünftige Steuergestaltung, die die Personengesellschaften gleichmäßig einbezieht. Das ist doch nicht konzeptlos, das ist doch kein grober Unfug, sondern es ist ein möglicher Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dieser Weg muss um die Senkung der Lohnnebenkosten ergänzt werden. Im Augenblick sinken die Lasten für die Unternehmen. Sicher unter 40 Prozent zu kommen, ist eine Antwort. Die zweite wird möglicherweise unterschätzt: Wir haben im Zuge der Haushaltssanierung generell entschieden, dass die Zuschüsse an die Sozialversicherungssysteme nicht mehr steigen sollen. Das bedeutet speziell, dass die Zuschüsse an die Krankenversicherung wieder auf null sinken. Das wird uns zu Reformen zwingen – nicht nur uns, sondern erstmals auch die Sozialdemokraten. Wir werden auf der Basis des Rahmens, der bereits zugesagt worden ist, miteinander ringen und zu gemeinsamen Antworten kommen müssen.

Der Bürokratieabbau ist bereits angesprochen worden.

Wir müssen die Chance nutzen, Neues zu gestalten. Wir werden in dieser Legislaturperiode für Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland mehr tun, als jede Regierung zuvor jemals tun konnte. Dabei handelt es sich nicht um theoretische Größen. Wir werden vielmehr genau dort ansetzen, wo Forschung in Anwendung übergeht, wo neue Produkte entstehen.

Wir haben bisher immer darüber geredet, dass es keinen Sinn hat, in großem Stil Forschung zu betreiben, wenn die Anwendung in Amerika ist. Sie muss bei uns angesiedelt sein.

Ich bin nicht so begeistert von diesem Programm, dass ich jetzt glaubte, alles sei hervorragend und sei uns früher nur nicht eingefallen. Nein, es ist ein Kompromiss. In der gegenwärtigen Situation hat unser Chef, die Wählerinnen und Wähler in der Bundesrepublik Deutschland, uns Vorgaben gemacht. Wir Politiker müssen versuchen, eine Lösung zu finden, die der Sache nutzt, nicht schadet, die sie voranbringt, nicht zum Stillstand bringt. Unter diesem Gesichtspunkt muss man abwägen.

Ich finde, wenn wir, auch wir in Hessen, Patriotismus zum Gegenstand von Programmen und Parteitagen machen, dann ist dies keine Angelegenheit abstrakter Thesenpapiere; denn dazu taugt Patriotismus prinzipiell nicht. Das hat vielmehr mit der Frage zu tun, ob wir uns in die Büsche schlagen sollten oder nicht. Ich sage Ihnen: Ich glaube nicht, dass die CDU Programme zum Thema „Patriotismus“ verfassen kann, die man versteht, nach denen man lebt, die man vielleicht sogar liebt, wenn sie sich in schwieriger Zeit in die Büsche schlägt, damit das Chaos noch größer wird, statt mitzumachen, auch wenn das nicht sehr elegant ist. Eine Partei, die eine klare Orientierung hat und die es mit Patriotismus ernst meint, hat kein Recht, sich in die Büsche zu schlagen, wenn sie die Chance hat, Schaden zu mindern und Besseres zu erreichen.

(Beifall)

Jenseits vieler einzelner Punkte, über die man streiten mag, jenseits mancher Sorgen und jenseits der Akzeptanz, dass es zwischen dem, was wir nicht wollen, und dem, was wir verantworten können, nur eine sehr schmale Linie gibt – die Linie zwischen CDU/CSU und SPD ist nur sehr schmal; das liegt an der Unterschiedlichkeit der Parteien –, glaube ich, dass wir in der Summe einen Weg gefunden haben, der nur ein Ergebnis zulässt: Wir akzeptieren die Wahl. Wir wollen in Zukunft wieder mehr Stimmen haben. Wir haben nicht beschlossen, das Bündnis mit den Sozialdemokraten zu einer dauerhaften historischen Periode in der Bundesrepublik Deutschland zu machen. Wir haben kein Projekt, sondern wir haben einen Auftrag. Dieser Auftrag heißt – das gilt auch für uns selbst –, aufzuhören zu leiden und anzufangen zu arbeiten. – Vielen herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Nun hat Wolfgang Bosbach das Wort.

**Wolfgang Bosbach:** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Es ist selbstverständlich das Recht eines jeden, der heute anwesend ist und in Partei und Fraktion Verantwortung trägt, Kritik zu üben. Nur, ich habe eine herzliche Bitte: Wenn wir diesen Saal verlassen und gemeinsam dafür kämpfen, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht, sollten wir uns fair und konstruktiv verhalten.

Sehen wir uns diese 143 Seiten an, so wird jeder in diesem Saal an der einen oder anderen Stelle sagen: Das hätte ich aber anders formuliert. Es wäre nicht nur für die Union, sondern für unser Land besser gewesen, wenn wir zu anderen Verabredungen gekommen wären. – Richtig! Auch ich würde eine ganze Menge von Punkten finden. Aber unglücklicherweise waren die Sozialdemokraten nicht bereit, uns die Formulierung der Koalitionsvereinbarung alleine zu überlassen. Das wäre besser gewesen. Sie wollten es nicht. Sie wollten auf gleicher Augenhöhe mit uns verhandeln. Deswegen ist das Koalitionspapier ein Kompromiss. Aber es ist kein fauler Kompromiss, sondern es ist eine gute Basis dafür, dass es in Deutschland nach sieben Jahren Rot-Grün endlich wieder aufwärts geht.

Ich möchte etwas zu den zwei angeblichen Webfehlern sagen. Jeder weiß, dass Steuererhöhungen unpopulär sind. Wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hätten lieber neue Wohltaten beschlossen und verkündet, als den unpopulären Weg zu gehen, der in der Koalition in Teilen verabredet werden wird. Aber die Argumentation, der Bundeshaushalt sei alleine über die Ausgabenseite zu sanieren, ist nicht von dieser Welt, oder man muss sagen, wie man das bitte schön schaffen will. Aus allen Steuerquellen des Bundes zusammen werden wir etwa 190 Milliarden Euro einnehmen. Für nur drei Ausgabepositionen – für Zinsen, für Personal und für Soziales – geben wir mehr als 210 Milliarden Euro aus. Deswegen haben wir jetzt ein strukturelles Defizit von etwa 65 Milliarden Euro. Wer sagt, der Haushalt sei alleine über die Ausgabenseite zu sanieren, möge bitte erklären, wie er das schaffen und wie er für diese Initiative eine Mehrheit im Deutschen Bundestag organisieren will. Dabei geht es um konkrete Fragen: Rentenkürzungen Ja oder Nein? Soll man an das Kindergeld herangehen oder nicht?

Zweite Bemerkung: Arbeitsrecht. Wer behauptet, wir zahlten einen zu hohen Preis für den Schlüssel zum Kanzleramt, wir hätten die betrieblichen Bündnisse für Arbeit in den Verhandlungen nicht aufgeben dürfen, sagt doch Folgendes: Wir hätten sie bekommen, wenn wir nicht die Kanzlerin stellten. – Diese Argumentation ist nicht richtig. Glaubt jemand, wir hätten mehr christlich-demokratische Politik und damit ein flexibleres Arbeitsrecht durchsetzen können, wenn die Union als stärkste politische Kraft im Deutschen Bundestag den Anspruch aufgegeben hätte, die Kanzlerin zu stellen? Es war richtig, dass wir an diesem Punkt hart geblieben sind.

(Beifall)

Heute wird oft gesagt, Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Wohl wahr! Dazu gehört aber, dass man die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag zur Kenntnis nimmt. Glaubt jemand, wir bekämen eine bessere Politik für Deutschland, wenn wir auf die Regierungsverantwortung verzichteten und den anderen sagten: „Nun macht mal schön! Wir setzen uns auf die Tribüne und schauen euch zu, und wenn es nicht klappt, dann pfeifen wir.“

Wir übernehmen politische Verantwortung in einer schwierigen Lage. Was den Arbeitsmarkt angeht, so frage ich Sie: Wer hätte noch vor wenigen Wochen gedacht, dass es uns gelingt, die

Probezeit zu verlängern, genauer gesagt die Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes auf zwei Jahre zu verlängern? Das ist ein gravierender arbeitsrechtlicher Unterschied zur geltenden Rechtslage mit Arbeitsverhältnissen, die bis zu zwei Jahren befristet sind. Angela Merkel hat das Richtige dazu gesagt.

Deswegen habe ich die herzliche Bitte, diese 143 Seiten insgesamt abzuwägen, statt sich einzelne Punkte herauszugreifen. Was ist gerade für die mittelständischen Unternehmen besser als eine starke Fokussierung auf Forschung, Entwicklung und Bildung? Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Unser Wohlstand und unser Wachstum basieren nicht auf der Ausbeutung von Bodenschätzen, sondern auf unserem Wissen, darauf, dass wir in der Lage sind, Produkte und Dienstleistungen anzubieten, mit denen wir weltweit konkurrenzfähig sind und die weltweit nachgefragt werden.

Das Beste, was wir tun können, ist, in Forschung zu investieren. Es kommt nicht nur darauf an, dass wir Patente haben, sondern auch darauf, dass diese Patente dazu führen, dass marktreife Produkte nicht in anderen Ländern, sondern bei uns hergestellt werden. Alles das steht in der Vereinbarung.

Deswegen sollten wir für die Vereinbarung werben. Wir können nicht sagen: Wir wollen die Koalition, aber nicht den Koalitionsvertrag; denn der Koalitionsvertrag ist das Fundament der Koalition.

Damit werfen wir unsere politischen Überzeugungen nicht über Bord. Die kommende Zeit wird nicht einfach sein, weil wir auf der einen Seite koalitionstreu sein müssen – denn nur wenn wir es sind, wird es die Gegenseite auch sein –, auf der anderen Seite unser Profil als Union behalten müssen. Die Menschen müssen wissen, wofür wir stehen und wo wir uns von der politischen Konkurrenz unterscheiden.

Es ist richtigerweise gesagt worden, dass die Politik keine Arbeitsplätze schaffen kann. Aber sie kann die Rahmenbedingungen ändern, damit es in Deutschland wieder aufwärts geht. Ob neue Arbeitsplätze geschaffen werden, entscheiden übrigens nicht in erster Linie die Unternehmen oder die Unternehmer, sondern die Verbraucherinnen und Verbraucher. Deswegen wird es nun entscheidend darauf ankommen, ob wir laarmoyant oder optimistisch sind, ob wir klagen oder ob wir anpacken und welche Stimmung wir draußen verbreiten. Wenn wir nicht von uns selbst begeistert sind, wie wollen wir die Menschen für einen Aufbruch in Deutschland begeistern?

Deswegen heißt die Devise nicht Konzentration auf die Probleme, sondern Konzentration auf die Chancen, die wir haben. Deutschland hat in der Tat gewaltige Probleme – bei den öffentlichen Finanzen, auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen –, aber Deutschland ist auch ein tolles Land. Deutschland hat eine phantastische geostrategische Lage im Herzen Europas. Deutschland hat neun Nachbarländer. Kein Land in Europa hat mehr Nachbarn als wir. Zu sechs Ländern haben wir schon die Grenzen abgebaut. Wir haben eine hervorragende



Telekommunikationsinfrastruktur und wollen weiter investieren. Wir haben eine gute Verkehrsinfrastruktur. Wir verfügen über die dichteste Hochschullandschaft in Europa. In Deutschland leben viele Millionen hoch motivierte und erfahrene ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer. Deutschland ist ein prima Land. Was wir jetzt noch brauchen, ist eine prima Regierung. Mit dieser Vereinbarung werden wir sie bekommen. – Danke.

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Nächster Redner ist Lothar Hegemann.

**Lothar Hegemann:** Es ist eben gesagt worden: Die Stimmung an der Basis ist eher eine Replik auf das Wahlergebnis. – Ich glaube, damit machen wir es uns etwas zu leicht. Die Stimmung ist schon so, dass viele Wahlkämpfer sich fragen: Was habe ich eigentlich im Wahlkampf vertreten, zum Beispiel in Sachen Steuerpolitik, und was ist jetzt dabei herausgekommen? – Es stimmt nicht, zu sagen, die wüssten nicht genau, worüber sie reden.

Ich teile diese Sorge, und deshalb bin ich froh über den Vorschlag aus dem Saarland, Regionalkonferenzen durchzuführen. Ich denke, die Partei braucht – wenn ich es einmal so sagen darf – noch Zuwendung.

Ich bin mir aber auch sicher, dass es nichts anderes gibt, und ich sehe im Gegensatz zu Ihnen, Frau Dr. Merkel, auch keine Alternative in einer Jamaika-Koalition. Wenn Sie diese beiden, die Grünen und die Gelben, im Sack hätten, da würde mit diesen Kleinen keine Super-Nanny von RTL helfen. Insofern weiß man hier schon besser, wen man hat.

Auch bin ich mir nicht sicher, ob es nicht vielleicht nach einer Schamfrist in der SPD eine Mehrheit gegeben hätte, die eine rot-rote Koalition zusammen mit den Grünen will. Das wäre das Schlechteste für Deutschland. Also muss ich wirklich sagen, dass diese Koalition – bei allen Unzulänglichkeiten – mit diesem Ergebnis ein Dienst für Deutschland ist.

Zu den Personalentscheidungen muss ich zwar sagen, dass ich mir einiges anders hätte vorstellen können, aber Herrn Thierse, Herrn Trittin, Frau Künast, Herrn Schröder und Herrn Fischer nicht mehr in Ihren Funktionen zu sehen, das ist, so muss ich sagen, auch ein Wert an sich.

(Beifall)

**Wolfgang Bosbach** hat gesagt, wir sollten konstruktive Vorschläge machen. Wenn Sie heute in eine Veranstaltung kommen, ist die Stimmung nicht gut, aber Sie kriegen die Stimmung sofort hoch, wenn Sie ein Wort sagen: Stolber.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich kann Ihnen sagen, dann kommt Freude auf! Nach dem, was wir im letzten halben Jahr erlebt haben, muss ich Ihnen wirklich aus tiefster Überzeugung sagen: Wir hätten einen völlig anderen

Wahlkampf gehabt, wenn der Herr sich erklärt hätte: Ich gehe nach Berlin. Aber zu sagen, ich weiß nicht, ob ich gehe, ich weiß nicht, wenn ich gehe, für welches Ressort, da hätten wir uns im Bereich Steuern viel ersparen können und hätten vielleicht auch einige Namen nicht verbrennen müssen. Und dann nach der Wahl zu sagen, Ich will ein Superministerium haben, ich schneide mir das zusammen, Ich hole mir das noch woanders her, und dann, wenn Müntefering den Bettel hinwirft, zu sagen, ich gehe mit, nun, da kommt jetzt mein konstruktiver Vorschlag: Ich bitte die CSU, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. – Danke schön.

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Jetzt Jörg Schönbohm, bitte.

**Jörg Schönbohm:** Frau Vorsitzende! Liebe Freunde! Wir sprechen über eine Große Koalition, nicht über eine Volksfront. Das sage ich deswegen so deutlich, weil sich drei Parteien zusammengefunden haben, um gemeinsam zu regieren. Ich habe neun Jahre Erfahrung aus einer Großen Koalition und möchte davon einmal kurz berichten.

Ich war drei Jahre in einer Großen Koalition unter Führung der CDU in Berlin, einschließlich des Endes, das ich von Brandenburg aus besichtigt habe, und sechs Jahre in Potsdam mit der SPD, jetzt unter Matthias Platzeck. Was sagen mir diese Erfahrungen? Sie sagen das, was die meisten doch wissen: Eine Große Koalition funktioniert nur dann, wenn man ein Grundmaß an Übereinstimmung in der Programmatik hat und sagt, die wollen wir umsetzen. Das war der Prozess, um den es hier beim Koalitionsvertrag geht.

Ein Zweites, was damit unmittelbar zusammenhängt, ist die Frage: Wie geht man miteinander um? Eine Große Koalition, eine Koalition überhaupt wird nicht nur zwischen Parteien geschlossen, sondern auch zwischen Menschen, die diese Parteien repräsentieren. Überlegen Sie sich bitte, wie wir vor acht Wochen diskutiert haben und wo wir heute stehen. Es ist für mich fast ein Wunder, dass SPD, CDU und CSU so zusammengefunden haben, dass sie diese Koalition bilden wollen. Wenn dieses Vertrauen, wenn dieser menschliche Umgang nicht funktioniert, funktioniert eine Koalition nicht. In Berlin ist die Koalition nicht aus sachlichen Gründen gescheitert, sondern daran, dass diejenigen, die Verantwortung trugen, nicht mehr vernünftig miteinander geredet haben.

Wenn man auf dieser Basis herangeht, weiß man, diese Koalition ist begründet für vier Jahre. Auch das ist doch schon erstaunlich. Vor sechs Wochen hatten wir alle noch die Sorge: Wird das eine Koalition sein, die vielleicht nur zwei Jahre hält und dann auseinander bricht? Aus all dem, was ich aus dem Vertrag ableite, aus all dem, was die führenden Vertreter der SPD, auch Matthias Platzeck, gesagt haben, habe ich die feste Überzeugung gewonnen, dass diese Koalition die Chance hat, unser Land vier Jahre so zu regieren, dass es anschließend besser geht als heute und dass wir als Union dann im Jahr 2009 wieder wirklich gut in den Wahlkampf hineingehen können.

Dafür ist dieser Vertrag die Grundlage. Wenn ich mir diesen Vertrag anschau, möchte ich ausdrücklich dem zustimmen, was Wolfgang Bosbach gesagt hat. Natürlich hätte man dieses oder jenes gerne anders, aber in diesem Vertrag ist doch auch eines deutlich geworden: Rot-Grün ist beendet, die SPD hat sich von dem Projekt Rot-Grün verabschiedet. Das ist in diesem Vertrag auch festzustellen! Wolfgang Schäuble, Wolfgang Bosbach und ich haben zusammen mit der SPD über den Bereich der Innenpolitik verhandelt. Da hatte ich schon den Eindruck, dass einige bei der SPD ganz froh darüber waren, dass sie mit denen reden können, die wissen, was für Deutschland wichtig ist. Das zieht sich auch durch diesen Vertrag, und darum denke ich, dass wir sagen können, der Abschied von Rot-Grün ist ein wichtiger Erfolg, und unsere gemeinsame Koalition kann diesen Erfolg weiter fortführen.

Nun haben Verschiedene – zu denen zähle ich auch – die Sorge, dass die Union hiermit ihre Identität verliert. Vor einer Woche dachte ich mir noch: Na, wollen wir mal sehen, was bei dem Koalitionsvertrag herauskommt. Wenn wir uns jetzt das anschauen, was herausgekommen ist, so haben wir wichtige Elemente umgesetzt. Sie sind hier schon im Einzelnen besprochen worden, und darauf möchte ich nicht mehr eingehen. Aber in der Zeit, die jetzt vor uns liegt, müssen wir sehr deutlich machen, dass die Programmatik unserer Partei gilt. Gerade in den Ländern, in denen jetzt Wahlkämpfe anstehen, müssen wir das deutlich herausarbeiten. So hat es auch Frau Merkel gesagt. Das Regierungsprogramm und das CDU-Programm können nicht voll übereinstimmen. Deshalb müssen wir deutlich machen, was wir in Zukunft verändern wollen, wenn wir die Mehrheit – am besten eine deutliche Mehrheit – haben, und müssen dafür werben. Insofern ist dieser Weg zwar ein Weg der Gemeinsamkeit, aber einer Gemeinsamkeit von zwei Partelen, die von unterschiedlichen Bedingungen ausgegangen sind. Der Maßstab wird sein, was wir in der Politik umsetzen.

Der letzte Punkt: Jede Erfahrung aus Koalitionen zeigt, dass der Koalitionsvertrag das eine ist, aber was daraus wird, ist das andere. Damit meine ich: Wenn in der Koalition vertrauensvoll zusammengearbeitet wird, haben wir alle Möglichkeiten, über diesen Koalitionsvertrag hinauszugehen und die Punkte umzusetzen, die für Wachstum notwendig sind. Es ist sehr wichtig, dass in der Präambel des Koalitionsvertrages herausgestellt wird, dass wir das gemeinsam erreichen können.

Ich glaube also, wir können diesem Koalitionsvertrag zustimmen, weil wir sagen, wir können damit eine Perspektive entwickeln. Welche Alternative würde sich denn ergeben, wenn wir nicht zustimmten? Ich glaube, das brauche ich nicht weiter auszumalen. Ich habe großes Vertrauen, dass die Sache positiv ausgeht. 2009 können wir dann auf dieser Basis einen Wahlkampf führen, der uns die Mehrheit beschert, von der wir schon vor acht Wochen gehofft haben, dass wir sie bekommen. Die Chancen dafür sind gut. Lasst uns nicht kleinstütig sein, sondern an die Sache herangehen! – Vielen Dank.

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Als Nächster spricht Rudolf Henke.

**Rudolf Henke:** Verehrte Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte, dass ein neuer Anfang zustande kommt. Ich möchte, dass Angela Merkel am 22. November zur Bundeskanzlerin gewählt wird. Ich möchte, dass das mit einem guten Ergebnis geschieht. Ich glaube, dass es dennoch vereinbar sein muss, das alles zu wollen und einzelne Punkte in diesem Koalitionsvertrag zu benennen, die nicht mit dem übereinstimmt, was ich für richtig halte.

Es ist zu Recht gesagt worden, dass wir mit einem neuen Anfang, den dieses Land braucht und den dieses Land jetzt bekommt – weg von Rot-Grün –, einen neuen Stil zwischen den Parteien kreieren können, einen neuen Stil im Umgang mit den Problemen und auch einen neuen Stil im Umgang mit Kontroversen. Ich bin Wolfgang Bosbach dankbar dafür, dass er gesagt hat, dass wir unsere politischen Überzeugungen nicht aufgeben müssen. Man kann von niemandem verlangen, dass er einen Text, der 188 oder 190 Seiten umfasst, in allen Spiegelstrichen und allen politischen Aussagen, die darin enthalten sind, für richtig hält. Man kann auch von niemandem, der diesem Vertrag zustimmt, erwarten, dass er damit jede Bemühung einstellt, auf bestimmte Fragen andere Antworten geben zu wollen, als sie hier drinstehen. Mir scheint, dass es gut ist, dafür zwei oder drei Beispiele zu nennen, und das will ich jetzt tun.

Zunächst habe ich wenig Verständnis dafür, dass man sagt: Na ja, die finanzpolitischen Entscheidungen dieses Vertrages laufen darauf hinaus, dass man die Kinder immer mehr belastet. – Ich kann dieses Argument nicht ganz verstehen, und zwar gerade nicht aus der Sicht derjenigen, die es vortragen, weil sie ja auf der anderen Seite etwa die Mehrwertsteuererhöhung kritisieren. Wenn es aber richtig ist, dass wir wegen der Kinder keine Fortsetzung des Weges in den Schuldenstaat dulden können, wenn es richtig ist, dass die CDU Schuldenabbaupolitik, nicht Schuldenaufbaupolitik betreiben muss, dann gehört natürlich dazu, dass diejenigen, die die Kredite in Anspruch genommen haben – und das ist ja wohl die Generation derer, die die bisherigen Wahlergebnisse bewirkt haben, die bisher so abgestimmt haben, wie sie abgestimmt haben –, jetzt natürlich auch die Schulden abtragen sollen. Deswegen ist klar, dass diejenigen, die Leistungen in Anspruch genommen haben, die zu Krediten geführt haben, die zur Verschuldung geführt haben, jetzt auch verpflichtet sind, diese Zeche ein Stück weit zu zahlen, denn die Alternative dazu würde ja darin bestehen, das denen zu überlassen, die nach uns kommen, die Schulden also von ihnen abtragen zu lassen.

Nicht ganz so klar sind die Verhältnisse allerdings, wenn es um die Reformen der sozialen Sicherungskassen geht. Wir haben im Wahlkampf immer vorgetragen: Die Zeit ist zu Ende, in der die Löhne, die Gehälter und die Lohnersatz Einkommen die einzige Quelle sein können, aus der wir die Sozialkassen pelsen. Das haben wir für die Rentenkasse, für die Gesundheitskasse und für die Pflegekasse vorgetragen. Das Zeichen in diesem Koalitionsvertrag geht jetzt aber in eine andere Richtung. In diesem Koalitionsvertrag finden Sie auf Seite 68 die folgenden Sätze:

Die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an die Gesetzliche Krankenversicherung werden schrittweise auf Null zurückgeführt. Zuweisungen an die Bundesagentur für Arbeit sind nicht vorgesehen. Die Dynamik der Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an die Gesetzliche Rentenversicherung wird gestoppt.

Das ist ja wohl, mindestens bezogen auf die gesetzliche Krankenkasse, die Botschaft: Es ist Sache der Beitragszahler, Sache des traditionellen Finanzierungssystems, die Lasten komplett zu schultern.

Ich kann mich noch daran erinnern, dass man, als wir über die Tabaksteuer diskutiert haben, mir gesagt hat: Eine Tabaksteuererhöhung, wie sinnvoll gesundheitspolitisch auch immer, passt nicht in die Welt, denn Steuererhöhungen sind in einer schwierigen konjunkturellen Lage ganz problematisch. – Ich habe kein Verständnis dafür, dass man den aus der Tabaksteuer erzeugten Betrag jetzt praktisch dem Finanzminister zurückgibt und für diesen Teil dann sagt: Entgegen der Aussage, dass wir die Sozialkassen nicht allein aus den Löhnen, Gehältern und Lohnersatzelinkommen finanzieren können, machen wir an dieser Stelle das Gegenteil. – Deswegen werde ich persönlich auch weiter dafür werben, dass man an dieser Stelle anders handelt.

Ich glaube auch, dass alles, was wir bisher zur Gesundheitsprämie und zu deren solidarischer Gestaltung vorgetragen haben, nur funktioniert, wenn wir dabei Elemente der Sozialkassenfinanzierung tatsächlich auch aus Steuermitteln aufbringen. Sonst wird das in keiner Koalition funktionieren, aber in dieser Koalition wird es natürlich erst recht nicht funktionieren.

*Eine dritte Bemerkung: Die Dauer der Arbeit muss mit über den Schutz entscheiden, den jemand gegenüber den Bedingungen von Hartz IV hat. Ich bin froh darüber, dass in dem Programm jetzt steht, dass wir das Vermögen als besser geschützt betrachten. Aber wir dürfen auch diejenigen nicht im Stich lassen, die kein Einkommen erzielen können, wenn sie mit 55 oder 56 oder 57 Jahren nach manchmal 35 oder 40 Jahren Arbeit ihre Stelle verlieren. Die haben es nicht verdient, dass sie dann ruiniert werden! Darauf gibt das Programm noch keine Antwort, und deshalb muss die Diskussion darüber meines Erachtens fortgesetzt werden.*

Ich verzichte jetzt darauf, ein paar Bauchschmerzen, die mehr aus dem gesundheitspolitisch-fachlichen Bereich kommen, ausführlich zu artikulieren. Ich denke da an die Gebührenordnung für die Ärzte und an das Arbeitszeitgesetz für die Angestellten. Aber die Frage des Kündigungsschutzes und der 24 Monate möchte ich unter einem bestimmten Blickwinkel doch thematisieren. Wir brauchen Beschäftigte, die im Verlauf ihrer Karriere auch bereit sind, Mobilität zu zeigen. Wir brauchen Menschen, die zwischen Unternehmen wechseln und auch bereit sind, einmal einen Auslandsaufenthalt einzulegen, also solche, die nicht immer nur auf einer Stelle verharren. Meine Sorge ist, dass wir mit dieser Regelung der 24 Monate insbesondere bei den Berufsanfängern möglicherweise die Gefahr heraufbeschwören, dass sie, wie hier schon dargelegt worden ist,

praktisch alle 24 Stunden damit rechnen müssen, dass ihnen gekündigt wird. Wir brauchen aber eine Situation, in der Menschen Mobilität zeigen können, ohne sich damit in eine existenzielle Gefährdung zu begeben, das heißt eine Situation, in der sie auch einen Stellenwechsel in Kauf nehmen können. Deswegen plädiere ich sehr dafür, sich genau anzugucken, was man mit dieser Regelung der 24 Monate beim Kündigungsschutz tatsächlich bewirkt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt noch vier Wortmeldungen vor. Ich möchte die Frage stellen, ob ich davon ausgehen kann, dass die Rednerliste damit geschlossen ist.

(Zustimmung)

– Dann belassen wir es bei den vier Wortmeldungen, wenn sich jetzt niemand mehr meldet, und damit wäre die Aussprache dann abgeschlossen.

Jetzt hat Peter Götz das Wort.

**Peter Götz:** Frau Vorsitzende, liebe Frau Dr. Merkel! Meine Damen und Herren! Die Diskussion der letzten anderthalb Stunden hat deutlich gemacht, dass diese Koalitionsvereinbarung eine Basis ist – egal, unter welchem Gesichtspunkt wir sie betrachten –, eine Chance für unser Land. Wichtig ist mir etwas, was in einigen Beiträgen auch bereits zum Ausdruck gekommen ist, nämlich die Frage nach der Ausgangslage, vor der wir stehen. Ich meine damit die Betrachtung der Realität, die Betrachtung der katastrophalen finanziellen Rahmenbedingungen, in denen sich unser Land befindet. Das gilt nicht nur für den Bund; es gilt für den Bund, es gilt für die Länder, und es gilt im gleichen Umfang genauso für die Kommunen. Deshalb seien mir einige Bemerkungen aus kommunaler Sicht gestattet, Bemerkungen zu einem Thema, das sich wie ein roter Faden – oder von mir aus auch wie ein schwarzer Faden – von vorn bis hinten durch diese Koalitionsvereinbarung zieht, wofür ich sehr dankbar bin.

Lassen Sie mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur einige Beispiele nennen. Wenn diese Vereinbarung zustande kommt und die für eine Verfassungsänderung notwendige Mehrheit damit verbunden ist, gilt künftig in diesem Land wieder der Grundsatz: Wer bestellt, bezahlt. Das heißt, das direkte Durchgriffsrecht des Bundes in kommunalen Angelegenheiten wird nicht mehr so funktionieren, wie es in der Vergangenheit leider oftmals der Fall war. Ich sehe darin einen großen Fortschritt, an den wir vor Monaten noch nicht zu denken gewagt hätten.

Die zweite Bemerkung: In dieser Koalitionsvereinbarung ist die Position enthalten, dass die kommunalen Finanzen wieder in Ordnung gebracht werden müssen. Auch das ist ein Punkt, auf

den die Städte, Gemeinden und Landkreise in unserem Land dringend warten. Es gibt Aussagen zu einer kommunalfreundlichen und familienfreundlichen Politik. Letzteres gilt auch für den kommunalen Bereich, und auch das ist ein Fortschritt, denn darüber ist in der Vergangenheit immer nur geredet worden, aber Taten haben nicht stattgefunden.

Drittens möchte ich Folgendes in Erinnerung bringen. Im Zusammenhang mit Hartz IV hat die jetzt geschäftsführende Bundesregierung noch vor wenigen Tagen beschlossen, die Frage der Entlastung der Kommunen, die mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenhängt, auf die Seite zu legen, das heißt, die 2,5 Milliarden finanzielle Entlastung für die kommunalen Haushalte in Frage zu stellen. Ich bin dafür dankbar, dass es in dieser Koalitionsvereinbarung gelungen ist, deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass an dieser Entlastungswirkung von 2,5 Milliarden festgehalten wird.

Zum Abschluss, meine Damen und Herren: Diese Koalitionsvereinbarung ist eine gute Basis, ein guter Weg für eine kommunalfreundliche Politik. Deshalb sollten wir mit Optimismus in die nächsten Jahre gehen und sollten die vor uns liegenden Herausforderungen mit großem Nachdruck angehen. Wenn es uns gelingt, an einem Strang zu ziehen – damit meine ich alle politischen Ebenen, von der europäischen Ebene über die Bundesebene und die Landesebene bis zur kommunalen Ebene –, dann haben wir alle Chancen, für unser Land etwas Gutes zu tun. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Das Wort hat nun Christoph Böhr.

**Dr. Christoph Böhr:** Frau Vorsitzende! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich möchte nicht noch einmal allgemein etwas zu der Tatsache sagen, dass jede Koalition ein Kompromiss ist und dass eine Große Koalition ein besonders schwerer Kompromiss ist. Das ist uns allen klar.

Ich will auch gar nichts mehr zu dem sagen, was die einzig denkbare Alternative zu dieser Koalition wäre. Bei Licht betrachtet, gibt es nur eine einzige, das ist der eigene Rückzug aus der Verantwortung und der Appell an den Wähler, dass wir in absehbarer Zeit wieder zu Neuwahlen kommen müssen. Wir würden uns damit an den Rand der Lächerlichkeit bringen.

(Zustimmung)

Deswegen ist diese Alternative keine, und deswegen ist es richtig, dass es – obwohl dieser Satz in der Politik häufig als eine Floskel gebraucht wird – zu dieser Großen Koalition zumindest keine verantwortbare Alternative gibt. Das alles ist hier mehrfach gesagt worden, und ich will es nicht wiederholen, geschweige denn vertiefen.

Lassen Sie mich aber eine Bitte äußern, weil wir in dem Wahlkampf eine Botschaft in den Mittelpunkt gerückt haben, von der ich glaube, dass sie mit gutem Grund nicht nur die zentrale

Botschaft in diesem zurückliegenden Bundestagswahlkampf war, sondern auch unsere Botschaft bleiben muss. Diese Botschaft haben wir in einem Satz zusammengefasst, von dem ich fest überzeugt bin, dass er nach wie vor sozusagen den Nerv der Dinge trifft. Dieser Satz lautet: Vorfahrt für Arbeit. Sozial ist, was Arbeit schafft. Dahinter steckt viel mehr, als vielleicht bei der einen oder anderen Diskussion jetzt schon offenkundig ist. Dahinter steckt ein Gesellschaftsprogramm, ein gesellschaftspolitisches Programm, von dem ich glaube, dass es unsere Arbeit in der Zukunft wirklich prägen muss.

Damit bin ich bei meiner Bitte. Ich finde, wir wären gut beraten, wenn wir diesen Satz, diese entscheidende Botschaft nicht nur als eine Wahlkampfbotschaft der Vergangenheit zur Kenntnis nähmen, sondern daraus so etwas wie ein Markenzeichen der Politik der Christlich Demokratischen Union für die nächsten Jahre machten. Ich meine, wir könnten das hinkriegen, wenn wir vieles von dem verwirklichten, was in diesem Koalitionsvertrag in diesem Punkt meines Erachtens sehr überzeugend vorgeschlagen wird. Damit meine ich alles, was sich auf die Förderung von Beschäftigung bezieht, und zwar die Förderung von Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt, von einer Neuregelung der Erbschaftsteuer bis hin zu einem Thema, das vielen von uns und auch mir ganz besonders am Herzen liegt, nämlich dass wir einen Weg finden, familiennahe Dienstleistungen so zu erschließen, dass in diesem Bereich wirklich eine Fülle von Arbeitsplätzen entsteht, womit ich nicht Arbeitsplätze im Sinne von Ein-Euro-Jobs oder Minijobs meine, sondern richtige und rechtmäßige sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Dazu findet sich in diesem Koalitionsvertrag ein Bündel von Maßnahmen.

Meine Bitte ist also, dass wir im Sinne dieses Markenzeichens „Vorfahrt für Arbeit“ bei der Umsetzung dieser Koalitionsvereinbarung genau hier beginnen, dass wir unverzüglich nach der Wahl von Angela Merkel zur Kanzlerin und nach der Vereidigung des Kabinetts hier unseren Schwerpunkt setzen, noch in diesem Jahr! Wir stehen für Vorfahrt für Arbeit und setzen uns ein, das um, was im Koalitionsvertrag zu diesem Thema sinnvoll, richtig und zutreffend gesagt wird. Dann hat diese Große Koalition nicht nur eine Chance verdient, dann ist sie eine Chance, und zwar im Lichte dieses Wahlergebnisses die einzige Chance, die wir haben. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Es spricht nun Peter Harry Carstensen.

**Peter Harry Carstensen:** Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor genau 202 Tagen bin ich zum Ministerpräsidenten einer Großen Koalition in Schleswig-Holstein gewählt worden.

(Zustimmung – Zurufe: Bravo!)

Das war gut für mich,



(Heiterkeit)

aber insbesondere war es gut für Schleswig-Holstein.

(Zustimmung)

Zehn Tage vorher hatten wir auf unserem Kleinen Parteitag eine Diskussion, die genau so war wie diese hier, wo kaum einer richtig zufrieden mit dem Koalitionsvertrag war und wo die Diskussion auch so geführt wurde wie hier; es war nur nicht so viel Presse anwesend, das will ich gern zugestehen.

Die Diskussion wurde also geführt, und wissen Sie, was wir gemacht haben? Wir haben anschließend angefangen zu arbeiten, und wir haben, meine Damen und Herren, die Stimmung in Schleswig-Holstein verbessert – mit einem Koalitionsvertrag, über den genauso diskutiert wurde wie hier.

Jetzt ist die Stimmung exzellent, und deswegen, Graf Bismarck – ich sehe ihn nicht mehr –, habe ich für Ihre Position überhaupt kein Verständnis. Denn Sie kennen doch die Stimmung in Schleswig-Holstein aus Ihrer Familie. Es geht nicht nur um den Koalitionsvertrag, sondern auch darum, wie er umgesetzt wird. Es geht auch darum, wer ihn umsetzt, und deswegen geht es darum, mit der Arbeit anzufangen und die Führung zu übernehmen – bei diesem Koalitionsvertrag und bei dieser Regierung.

(Beifall)

Wir wollen diesen Koalitionsvertrag in Arbeitsplätze umsetzen. Ich habe großes Verständnis für die Menschen draußen, die inzwischen sagen: Jetzt diskutiert hier nicht so kleinstützig und klein-kariert über jeden Fitzelpunkt, sondern sorgt dafür, dass in unserem Land Arbeitsplätze geschaffen werden, und sorgt dafür, dass wir eine andere Regierung kriegen und eine andere Politik machen.

Wenn wir diesen Führungsanspruch umsetzen wollen, geht es darum, dass wir Angela Merkel jetzt stark unterstützen, statt diejenigen, die wir nach vorn schicken und die für uns arbeiten sollen, jetzt noch zu beschädigen, indem wir ihnen Knüppel zwischen die Beine werfen. Es geht darum, dass wir jetzt wirklich anfangen, dass wir die Stimmung verändern und etwas umsetzen. Liebe Angela Merkel, unsere Unterstützung hast du!

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Jetzt kommt Peter Liese, danach werde ich zum Schluss selber einige Anmerkungen machen, und dann ist die Aussprache geschlossen.

Bitte schön!

**Dr. Peter Liese:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Es ist in der Tat vieles nicht zufriedenstellend, und wir als Delegierte würden uns selber wahrscheinlich nicht gerecht, wenn wir den Unmut an der Basis hier nicht auch offen formuliert hätten. Deswegen bin ich dankbar, dass diejenigen, die kritische Anmerkungen zu machen haben, diese hier ganz offen gemacht haben, dass wir also dem Vertrag nicht ohne Diskussion zugestimmt haben.

Ich möchte aber aus den vielen positiven Punkten, die ich im Koalitionsvertrag eben auch gefunden habe, zwei oder drei hervorheben, und zwar als jemand, der im Europäischen Parlament arbeitet, wo wir auch keine Mehrheit allein mit den Liberalen haben, wo wir immer zusehen müssen, dass wir unsere Prinzipien durchsetzen können, teilweise mit wechselnden Mehrheiten, wobei wir es eben auch gewohnt sind, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. Ich möchte also einfach zwei oder drei Punkte beschreiben, die uns – der Wirtschaft in Deutschland und den Menschen in Deutschland – wirklich helfen.

Nehmen wir die Chemikalienpolitik, die Frau Merkel angesprochen hat. Hartmut Nassauer ist erwähnt worden. Das war wirklich ein hartes Stück Arbeit, aber wir haben es geschafft, die übertriebenen bürokratischen Anforderungen aus dem Vorschlag herauszubringen. Das gilt für den Koalitionsvertrag, und das gilt auch für einen gemeinsamen Antrag, den Christdemokraten und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament in dieser Woche vorlegen.

Oder nehmen wir die grüne Gentechnik, wo Rot-Grün Stillstand organisiert hat. Diese komplette Blockade können wir auflösen.

Ich erwähne auch das Thema der erneuerbaren Energien. Ich erwähne es gerade deshalb, weil es auch in unserer Partei Leute gibt, die gesagt haben: Das Ziel muss es eigentlich sein, die Förderung einzustellen. – Ich glaube aber, dass das ein Fortschritt ist, was in der Koalitionsvereinbarung steht, nämlich dass wir nicht mehr in erster Linie auf die Windkraft setzen, sondern effizientere Methoden finden müssen und auf die Bedenken der Bevölkerung in Bezug auf Windkraft und anderes besser Rücksicht nehmen müssen, ohne das Ziel in Frage zu stellen, weniger vom Öl abhängig zu sein.

Meine Damen und Herren, ich habe es gesagt: An der Basis werden kritische Anmerkungen gemacht. Wer in den letzten Wochen auf Parteitag und anderen Veranstaltungen war, der weiß, dass die Stimmung nicht zu Begeisterung Anlass gibt. Ich glaube aber, dass zwei Punkte ganz wichtig sind; der eine ist hier schon mehrfach angesprochen worden, der andere vielleicht noch nicht so deutlich. Die Ursachen dafür, dass wir jetzt nicht das haben, was wir uns alle am meisten wünschen, nämlich einen Koalitionsvertrag, der zum überwiegenden Anteil unsere Handschrift trägt – jetzt ist es ja ein echter Kompromiss –, liegen im Wahlergebnis. Deswegen konnten wir nicht mehr durchsetzen. Die Ursachen liegen aber auch darin, dass die Große Koalition für uns die einzige Alternative zu Schwarz-Gelb ist.

Nun weiß ich, dass – Lothar Hegemann hat es zum Ausdruck gebracht – Jamaika sicher auch nicht einfach gewesen wäre. Aber manche Punkte, etwa die betrieblichen Bündnisse für Arbeit, hätten wir da besser umsetzen können. Das ist im Moment nicht aktuell, und wir dürfen das jetzt auf keinen Fall kurzfristig zur Diskussion stellen; nur wollen wir die Große Koalition auch nicht für die nächsten 20 Jahre, und deswegen wünsche ich mir, dass die Große Koalition zwar Erfolg hat, dass wir aber nach vier Jahren eine Situation haben, in der wir außer dieser Großen Koalition und Schwarz-Gelb andere Alternativen haben. Vor allem aber müssen wir wieder deutlich über 40 Prozent liegen. Das muss das Hauptziel sein. Wir müssen eine Volkspartei sein, und ich glaube, das sind wir. Unser Programm war auch für eine Volkspartei konzipiert. Wir sind jedoch im Wahlkampf nicht genügend als Volkspartei wahrgenommen worden. Die Menschen hatten nicht den Eindruck, dass wir auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch für sozial Schwache eintreten. Das müssen wir in Zukunft besser tun. Wir müssen nicht nur ein gutes Programm haben, sondern dieses Programm auch so vermitteln, dass wir alle Schichten der Bevölkerung ansprechen.

Ich wünsche also den Erfolg der Großen Koalition. Deutschland braucht eine erfolgreiche Regierung. Ich wünsche aber auch, dass wir nach vier Jahren – oder wann immer – über eine andere Konstellation reden können. Wir brauchen viele gute Optionen, mit denen wir noch mehr CDU-Politik durchsetzen können, damit nicht schließlich das Linksbündnis die einzige Alternative ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Volker Kauder:** Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir sind am Ende einer engagierten Aussprache über ein Thema angekommen, das für die Christlich Demokratische Union Deutschlands etwas ganz Besonderes darstellt: die Bildung einer Regierung unter besonderen Voraussetzungen. Ich muss sagen: Wir haben jetzt, nach sieben Jahren Oppositionszeit, die Gelegenheit und die Chance, wieder Politik zu gestalten und Politik voranzubringen. Diese Chance müssen und werden wir nutzen.

Natürlich enthält der Koalitionsvertrag, an dem ich mitgearbeitet habe, Punkte, bei denen man sich gewünscht hätte, es wäre mehr möglich gewesen. Aber insgesamt muss die Frage gestellt werden, ob der Koalitionsvertrag und die Bildung einer Regierung die Chance eröffnen, wieder mehr Arbeit in unserem Lande zu schaffen. Diese Chance bietet der Koalitionsvertrag. Er setzt in ganz bestimmten Punkten Anreize. Die Einigung über den Kündigungsschutz darf nicht gering geschätzt werden. Es ist wichtig, sie umzusetzen.

Die Wirtschaft hat immer wieder von uns verlangt, Bürokratie abzubauen. Wir werden nicht nur über Bürokratieabbau reden, sondern wir werden ihn vorantreiben, verantwortet vom Kanzleramt.

Vorhin wurde gesagt, wir hätten keine Strukturveränderungen bei den sozialen Sicherungssystemen durchgeführt. Das entspricht nicht den Tatsachen. Glauben Sie, dass es anders als in einer Großen Koalition einfacher wäre, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre hinauszuschieben? Wir haben doch die Diskussionen über dieses Thema erlebt. Diese Strukturveränderung ist notwendig.

Wir haben eine weitere große Strukturveränderung vor uns, nämlich beim Thema „Gesundheit“. Hierzu haben die Verhandlungsführer eine mutige Entscheidung getroffen. Sonst hätten wir nur kleine Stellschrauben verändern können. Seit ich in der Politik bin, wird bei diesem Thema über dieselben Maßnahmen gesprochen: Beitrag stabilisieren, Eigenbeteiligung erhöhen oder Finanzierung aus Steuermitteln. Wir haben gesagt, dass die Große Koalition zu Strukturveränderungen des Gesundheitssystems und der Pflegeversicherung kommen muss. Deswegen haben wir keinen Kompromiss auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners geschlossen, sondern uns der Herausforderung gestellt. In den nächsten Monaten, innerhalb der ersten Hälfte des nächsten Jahres, muss eine Lösung gefunden werden, die über ständige Reformen des Systems hinausgeht. Ich bin davon überzeugt, dass dies gelingen wird. Das wird der weitere Weg bei der Senkung der Lohnzusatzkosten sein.

Ich meine, dass der Vertrag die Grundlage für eine erfolgreiche Regierung bietet. Nach den heutigen Diskussionen wird es entscheidend darauf ankommen – ich hoffe und gehe davon aus, dass wir uns heute für die Bildung der Großen Koalition entscheiden –, dass die Menschen spüren, dass wir zu dieser Regierung stehen und dass wir den Erfolg wollen. Die Menschen müssen spüren, dass wir uns etwas zutrauen. Nur dann werden wir ihr Vertrauen gewinnen. Das ist unsere Aufgabe in der nächsten Zeit.

All denjenigen, die sagen, in einer Großen Koalition sei es besonders schwierig, das Profil der CDU zu erhalten, sage ich: Hier haben wir Erfahrungen. Nach vier Jahren in einer Großen Koalition hat die CDU in Baden-Württemberg fast die absolute Mehrheit erreicht. Obwohl wir in einer Großen Koalition in Berlin sind, führen wir Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg, in Sachsen-Anhalt und in Rheinland-Pfalz. Dort werden wir über die Politik der CDU sprechen, so wie wir sie uns vorstellen. Natürlich wird das Konrad-Adenauer-Haus in Zeiten einer Großen Koalition weiter die Politik der CDU vertreten. Die Fraktion wird loyal zur Regierung stehen; aber sie wird auch deutlich machen, dass es Unterschiede zur SPD-Bundestagsfraktion gibt.

Ich will eines klar sagen: Zum Erfolg gehört, dass wir in der Union zusammenhalten. Wir werden in dieser Regierungskoalition nur erfolgreich sein, wenn CDU und CSU gemeinsam die Arbeit machen und zusammenhalten. Deswegen wünsche ich mir sehr, dass auch die CSU, die parallel zu uns tagt, zu einem positiven Ergebnis kommt. Die Fraktion ist die Klammer zwischen CDU und CSU. Dort werden wir erfolgreich zusammenarbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, wir haben eine große Chance und eine große Verantwortung. Wenn diese Regierung nicht zum Erfolg kommt, wird sich

an den Rändern etwas ändern. Wenn sie Erfolg hat, wird sich in diesem Lande ebenfalls etwas verändern. Deswegen wünsche ich Angela Merkel, die am 22. November zur Kanzlerin gewählt wird, viel Erfolg. Wir sagen zu: Partei und Fraktion werden diese Regierung tragen. Wir wollen den Erfolg; denn in vier Jahren wird nur eine einzige Frage gestellt. Sie heißt: War Angela Merkel eine erfolgreiche Kanzlerin? Wenn sie erfolgreich war, war die CDU erfolgreich. Es gibt keine bessere Voraussetzung, um dann wieder Wahlen zu gewinnen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Trotz allem, was uns an dem Wahlergebnis nicht gefallen hat, sollten wir mit Freude und Zuversicht sehen, was wir in diesem Jahr erreicht haben. An der gestrigen Feierstunde zum Volkstrauertag im Deutschen Bundestag haben die Repräsentanten der Verfassungsorgane teilgenommen. Es hat sich doch etwas verändert in unserem Lande: Wir stellen den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, der anwesend ist,

(Beifall)

wir stellen den Bundespräsidenten, wir stellen den Bundesratspräsidenten, und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts gehört auch zu uns. Bald kommt die Bundeskanzlerin hinzu. Wir haben etwas erreicht.

Aus dieser Kraft heraus müssen wir die nächsten Monate angehen. Wir haben nicht ohne Grund gesagt: Gemeinsam für Deutschland mit Mut und Menschlichkeit, nicht mit Kleinmut, nicht mit Verzagtheit! Nur wenn wir vom Erfolg überzeugt sind und wenn wir den Menschen dies sagen, werden wir etwas erreichen. Denjenigen, die verzagt sind, folgen die Menschen nicht, wohl aber denjenigen, die sagen: Wir wollen etwas tun, wir werden das Land im Interesse der Menschen verändern.

Wir haben ein Projekt vor uns, für das es sich zu kämpfen lohnt. Darum bitte ich Sie herzlich.

(Lebhafter Beifall)

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 4:

#### BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Dazu gebe ich dem Landesgeschäftsführer der CDU Berlin, Dirk Reitze, das Wort.

**Dirk Reitze, Mandatsprüfungskommission:** Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenanmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 30 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Bundesausschuss aus 133 vollstimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 13.45 Uhr von den 133 stimmberechtigten Delegierten 116 anwesend. Damit ist der Bundesausschuss beschlussfähig. – Danke.

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Vielen Dank! Wir haben den Bericht der Mandatsprüfungskommission gehört.

Jetzt kommen wir zu Punkt 5 der Tagesordnung zurück und damit zum Hauptpunkt des heutigen Tages, nämlich zur Entscheidung über die Koalitionsvereinbarung. Ich gehe davon aus, dass Sie mit einer offenen Abstimmung einverstanden sind. – Wir können offen zeigen, wofür und wogegen wir sind. Wir können vor allem offen zeigen, wofür wir sind.

(Heiterkeit)

Wer der Koalitionsvereinbarung zustimmt und damit der Führung der Christlich Demokratischen Union den Auftrag gibt, in eine Große Koalition einzutreten, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – 3 Nein-Stimmen. Enthaltungen? – 1 Enthaltung.

Dann ist der Vereinbarung mit überwältigender Mehrheit zugestimmt worden.

(Lebhafter Beifall)

Wir kommen zu den Antragsberatungen. Dazu rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

#### SONSTIGE ANTRÄGE

Ihnen liegt ein Antrag vor. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Kann ich davon ausgehen, dass der Verweisung des Antrages an die Bundestagsfraktion zugestimmt wird? – Da es keine Gegenstimmen gibt, ist es so beschlossen. – Vielen Dank!

TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

#### SCHLUSSWORT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS DR. ANGELA MERKEL MDB

Ich gebe nun unserer Vorsitzenden Dr. Angela Merkel, die heute die Zustimmung zum Eintritt in eine Große Koalition bekommen hat, das Wort.

**Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU:** Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Diskussion und für die ernsthaften Argumente, vor allen Dingen für das Abstimmungsergebnis. Es zeigt, dass wir, die Christlich Demokratische Union, eine Partei sind, die Verantwortung für unser Land übernimmt.

(Beifall)

Unsere gesamte Geschichte ist nicht davon geprägt, dass wir einfach gegen etwas sind, sondern davon, dass wir für etwas eintreten. Diese Erfahrung werden wir, wenn die Partner zustimmen, in die Große Koalition miteinbringen.

Mir ist bewusst, dass der Weg nicht einfach sein wird; denn der Partner, die Sozialdemokraten, hat durchaus seinen eigenen Kopf. Wir werden häufig der Meinung sein, dass wir die besseren Ideen und Argumente haben. Der Weg wird aber auch deshalb nicht einfach sein, weil unser Land vor unglaublich großen Problemen steht. Roland Koch hat darauf verwiesen: Wenn wir von Patriotismus reden, dann muss unser Handeln auch in Übereinstimmung damit stehen.

Unsere Partei hat die entscheidenden Weichenstellungen in der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Die Politik Konrad Adenauers, Ludwig Ehrhard und die Soziale Marktwirtschaft, die Auseinandersetzungen über den Nato-Doppelbeschluss, das Eintreten für die deutsche Einheit, die Gestaltung der deutschen Einheit wesentlich durch Helmut Kohl – all dies hat gezeigt, dass die Christlich Demokratische Union gemeinsam mit der Christlich-Sozialen Union bei Weichenstellungen von historischer Dimension bereit war, Verantwortung zu übernehmen.

Ich bin der Auffassung – das war in der Diskussion über unser Regierungsprogramm gemeinsame Überzeugung –, Deutschland steht wieder am Scheideweg. Es geht um die Frage, ob wir das bewahren können, was unser Land stark gemacht hat: die Soziale Marktwirtschaft in Zeiten der Globalisierung, Friedenspolitik in Zeiten der Bedrohung durch Terrorismus, Eintreten für offene Gesellschaften und für Werte angesichts von naturwissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten, die alles machbar erscheinen lassen.

In diesen schwierigen Auseinandersetzungen wollen wir unseren Mann und unsere Frau stehen. Wir wollen dabei sein. Wir in der Regierung und im Deutschen Bundestag brauchen Sie in den Gliederungen unserer Partei dringend an unserer Seite. Die Mitglieder, die Ortsvorsitzenden, die Kreisvorsitzenden, die Landesvorsitzenden, die Landräte, die Oberbürgermeister, die Ministerpräsidenten – wir können es nur gemeinsam schaffen.

Deshalb meine Bitte zum Abschluss dieses Kleinen Parteitag: Wir werden in der Partei über unsere Grundsätze und darüber diskutieren, wie wir fit für das 21. Jahrhundert werden. Ich nehme gerne die Anregung auf, sich auch des bewährten Mittels der Regionalkonferenzen zu bedienen. Ich glaube, es steht uns gut an, für die Zukunft auf der Basis dessen zu diskutieren, was wir in der Vergangenheit gut und was wir nicht so gut gemacht haben. Wir werden auf Grund

der Beteiligung an einer Bundesregierung weit mehr Verantwortung auf Bundesebene übernehmen müssen. Deshalb meine Bitte um Gemeinsamkeit.

Ein herzliches Dankeschön dafür – das hat mir die heutige Diskussion wieder gezeigt –, dass wir in den vergangenen zwei Monaten, die wahrlich nicht einfach waren, zusammengestanden haben. Danke schön für die Debatte! Alles Gute für die Zukunft!

Wie es sich für uns gehört, singen wir zum Abschluss die Nationalhymne.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

(Beifall)

(Schluss: 14.47 Uhr)



**A N H A N G**

**Beschlussprotokoll  
des Bundesausschusses der CDU Deutschlands  
am 14. November 2005 in Berlin**

**Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Regularien:
  - a) Bestätigung des Tagungspräsidiums
  - b) Bestätigung der Antragskommission
  - c) Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - d) Wahl der Stimmzählkommission
3. Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
4. Bericht der Mandatsprüfungskommission
5. Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden  
Beratung und Entscheidung über die Koalitionsvereinbarung
6. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
7. Schlusswort

**Zu TOP 1: Eröffnung und Begrüßung durch den Generalsekretär der CDU Deutschlands**

**Zu TOP 2: Die eingangs wiedergegebene Tagesordnung wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.**

**a) Folgendes Tagungspräsidium wurde nach Eröffnung des Bundesausschusses der CDU Deutschlands am 14. November 2005 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:**

<b>Tagungspräsident:</b>	Volker Kauder MdB
<b>Beisitzer:</b>	Dr. Christoph Böhr MdL Dr. Jürgen Rüttgers MdL Dr. Annette Schavan MdB Christian Wulff MdL

**b) Die vom Bundesvorstand für den Bundesausschuss der CDU Deutschlands bestellte Antragskommission wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:**

<b>Vorsitzender:</b>	Volker Kauder MdB
<b>Stellvertretender Vorsitzender:</b>	Dr. Johannes von Thadden
<b>Weitere Mitglieder:</b>	Dr. Eckart von Klæden MdB Hildegard Müller MdB Katherina Reiche MdB Arnold Vaatz MdB Karin Wolff MdL Hendrik Wüst MdL

**c) Die vom Bundesvorstand für den Bundesausschuss der CDU Deutschlands vorgeschlagene Mandatsprüfungskommission wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:**

<b>Vorsitzender:</b>	Ulf Leisner Bereichsleiter Eventmanagement & Logistik der CDU-Bundesgeschäftsstelle
----------------------	---

**Weitere Mitglieder:** Bernd Reisener  
Geschäftsführer CDU-Landesverband  
Sachsen-Anhalt  
Dirk Reitze  
Geschäftsführer CDU-Landesverband  
Berlin

d) Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

**Vorsitzender:** Jürgen Zander  
CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Stellv. Vorsitzender:** Martin Fernbach  
CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Weitere Mitglieder:** Yvonne Herrmann  
Helga Kehlenbach  
Gerti Moers  
Christian Roelen  
Silke Rudolph  
Christian Schulze

**Zu TOP 3/ TOP 5:** Der Bundesausschuss der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 4:** Die **Mandatsprüfungskommission** des Bundesausschusses der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 30 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Bundesausschuss aus 133 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 13:45 Uhr von den 133 stimmberechtigten Delegierten des Bundesausschusses 116 Delegierte anwesend.

**Der Bundesausschuss ist beschlussfähig.“**

gez. Ulf Leisner  
– Vorsitzender –

gez. Bernd Reisener      gez. Dirk Reitze

**Zu TOP 5:** Der Bundesausschuss der CDU Deutschlands stimmt nach Beratung und Aussprache dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD „Gemeinsam für Deutschland - mit Mut und Menschlichkeit“ in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung zu.

**Zu TOP 6:** Der Bundesausschuss der CDU Deutschlands fasste nach Beratung in offener Abstimmung zu dem nachstehend wiedergegebenen sonstigen Antrag Nr. A 1 folgenden Beschluss: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

**Antrag Nr. A 1 (Kreisverband Solingen)**

„Die CDU fordert die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage.“

**Begründung:**

Kurzfristig ist kein Erfolg einer wie auch immer gearteten Gemeindefinanzreform zu erwarten. Die Kommunen brauchen aber kurzfristig Hilfe. Die Gewerbesteuerumlage ist von den Gemeinden von ihren Gewerbesteuer-Einnahmen aufgrund Bundesgesetz an Bund und Land abzuführen.

Mit einer Abschaffung der Gewerbesteuerumlage könnte v. a. folgendes erreicht werden:

- Die Kommunen erhalten die dringend benötigte Soforthilfe.
- Es wird Zeit gewonnen, um eine Gemeindefinanzreform, die diesen Namen tatsächlich verdient, in Ruhe zu entwickeln.
- Die Grundidee der Gewerbesteuer als „Band von örtlicher Wirtschaft und Kommune“ kommt wieder voll zur Entfaltung.

**Zu TOP 7:** Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Angela Merkel MdB

<b>REDNERVERZEICHNIS</b>	<b>Seite</b>
Althaus, Dieter	26
Bismarck, Alexander von	31
Böhr, Christoph	45
Bosbach, Wolfgang	36
Carstensen, Peter Harry	46
Götz, Peter	44
Hans, Peter	21
Hegemann, Lothar	39
Henke, Rudolf	42
Kauder, Volker	5 f., 49 ff.
Koch, Roland	32
Liese, Peter	48
Merkel, Angela	5 ff., 53 f.
Mißfelder, Philipp	25
Pflüger, Friedbert	23
Reitze, Dirk	51
Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm	21
Schauerer, Hartmut	27
Schlarmann, Josef	29
Schönbohm, Jörg	40
Seldel, Jürgen	19





**Herausgeber**

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin  
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | [info@cdu.de](mailto:info@cdu.de) | [www.cdu.de](http://www.cdu.de)